

Erste Seite täglich außer Feiertagen. Preis pro Nummer 2 Pf., monatlich 1.10 Pf., vierteljährlich 3.30 Pf., halbjährlich 6.60 Pf., jährlich 12.00 Pf. ...

Insertions-Gebühr beträgt für die erste Spalte 2 Pf., für die zweite 1 Pf., für die dritte 1/2 Pf. ...

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. h. c. H. v. Arnim. Druck: J. Neumann, Neudamm 11.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 19. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Eine „Gefahr“ im Anzuge.

Einer, der in den Wandelgängen des Reichstags das Graus wachsend hört, glaubt den Arbeitern dunkle Andeutungen über unheilvolle Dinge machen zu müssen, die ihrer in der nächsten Zukunft warten. Es ist der durch seinen parlamentarischen Klatsch bekannte Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in Berlin, der über die Nothstands- und Streikdebatten im Reichstage an sein Blatt folgendes schreibt, nachdem er die Stumm'sche Sehnsucht nach einem neuen Sozialistengesetz erwähnt hat:

Man unterschätze die Gefahr dieser Bewegung nicht. Herr Stumm und die, die hinter ihm stehen, sind einflussreiche Leute und sie erheben ihre zornigen Klagen über die Rechtlosigkeit der Arbeitgeber nicht etwa nur im Reichstage, sondern auch an hoher Stelle. Ob sie Erfolg haben, wird wesentlich vom Verlaufe der jetzigen Ausstandsbewegung abhängen. An Bemühungen, dem Kaiser klar zu machen, daß die undankbaren Arbeiter der Wohlthaten der letzten Gesetze nicht würdig seien, hat es schon lange nicht gefehlt, und Freiherr v. Berlepsch, der Gewerke- und Chef der Bergverwaltung, hat gegen mächtige Einflüsse einen schweren Stand. Stumm's Angriffe gegen die Bergwerksbehörde und den Minister waren, wie man auch aus dessen Antwort herauszulesen konnte, nicht etwa ein augenblicklicher zorniger Erguß, sondern ein wohlüberlegter Schachzug. Es gab Leute, die sich bereits den Namen des nächsten Gewerke- und des Streikgesetzes bedeutet für unsere Arbeiterpolitik und die Stellung des Gewerke- und Minister mehr, als mancher ahnt.

Das „Bustifern“ ist das Bezeichnende für diese Sorte von Arbeiterpolitik. Dieselbe geht, wie die Rage um den heißen Brei, um die Wirklichkeit herum und weiß vor lauter Angst nicht, wie sie das Kind beim richtigen Namen nennen soll. Das ist natürlich nicht unsere Politik; wir lieben den Dingen ganz klar und offen ins Auge zu sehen.

Die jetzigen Minister in Preußen haben tatsächlich gar keinen der Stumm'schen Unternehmerwünsche unerfüllt gelassen, und es ist ein merkwürdiges Untersagen, sie als eine Art Arbeiterfreunde hinzustellen, die mit den größten Schwierigkeiten an hohen Stellen zu kämpfen haben und ihre guten Absichten nicht durchsetzen können. Wenn sie diese guten Absichten haben und sie nicht zu verwirklichen vermögen, warum ziehen sie dann nicht als Minister die Konsequenz, und ziehen sie ihr Amt niederlegen und anderen die Verantwortung überlassen? So lange sie im Amte bleiben und es wie den letzten Knappenstrich mitmachen, die ungeliebten Verhaftungen in Rheinland-Westfalen mindestens stillschweigend dulden und zusehen, wie die Bergwerksdirektion in Saarbrücken alle Vertrauensmänner des bergmännischen Rechtsschutzvereins mahregelt, so lange müssen sie es auch gefallen lassen, für diese Dinge und ihre Folgen verantwortlich gemacht zu werden. Wenn sie deshalb der dienstbereite Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“

zu entschuldigen sucht und davon spricht, daß sie „gegen mächtige Einflüsse einen schweren Stand hätten“, so finden wir dies höchst ungeschickt von beiden Seiten, vom Korrespondenten, der sich zur Verbreitung solcher Hofgeschichten hergiebt, und von den Ministern, daß sie sich in ein solches Licht stellen lassen. Freilich ist es ja so bequem, die Dinge, die in den westlichen Vergreivieren dieser Tage verübt worden sind, auf „höhere Einflüsse“ zurückzuführen. Mächtig freilich ist es wieder nicht; man kann nur denjenigen Reaktionär achten, der wenigstens den Muth hat, ganz und voll für die Konsequenzen seiner Denk- und Handlungsweise einzutreten. In Wahrheit schwant Herr von Berlepsch zwischen den reformfreundlichen Anwendungen, mit denen er begonnen hat und die freilich zu einem großen Theile längst verfliegen sind, und der Nachgiebigkeit gegen jene „höheren Einflüsse“, die seine jetzige Haltung bestimmt. Auch in sozialpolitischen Dingen und in Preußen ist eben im Grunde ein ganz anderer Wille maßgebend, als derjenige der Minister. Es ist deshalb so falsch als nur möglich, es so darzustellen, als wenn das Bleiben oder Gehen des Herrn von Berlepsch mit der Gestaltung der preussischen Arbeiterpolitik etwas zu thun hätte. Es dreht sich um weiter nichts, als darum, ob dem preussischen Handelsminister eine ehrliche arbeiterfreundliche Politik, oder seine Stellung lieber ist. Und darüber sollten wir längst im Klaren sein, dann bliebe ihm auch der „schwere Stand“ erspart, mit dem ihn der dienstbereite Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in ein so rosafarbenes Licht zu rücken sucht, in das er nicht gehört.

Und dann die kommende „Gefahr“, von welcher der Weise der „Frankfurter Zeitung“ jabelt! Schlimmer als jezt in den Vergreivieren es hergeht, kann's doch für die Bergarbeiter und die sozialistische Bewegung überhaupt nicht werden. Die Arbeiter sind ja jezt schon der Willkür von oben preisgegeben, höchstens, daß die Form, in der man ihnen das fühlbar macht, noch etwas handgreiflicher werden kann. Ehe er von einer kommenden „Gefahr“ spricht, sollte also der Mitarbeiter des „demokratischen“ Blattes erst einmal von den skandalösen Zuständen sprechen, die jezt vorhanden sind; aber dagegen scheint sich die Feinheit seiner Feder zu sträuben. Was er unter „Gefahr“ versteht, das ist nichts weiter, als die offene Proklamation der absolutistischen und feodalherrlichen Arbeiterfeindschaft, die jezt noch verdeckt im Mantel der „christlichen Sozialreform“ dahergeht. Diese Auffassung ist so bezeichnend wie nur möglich für unseren bürgerlichen Liberalismus. Angstvoll klammert er sich an das Neuberliche der Dinge, wie an seine eigene Phrase, furchtsam blickt er nach oben und ist froh, daß sich die Nachhaber vorläufig noch in den Schein der Konstitution hüllen; daß ist doch ein Trost für sein schwaches Herz, daß die Sache noch nicht ganz so schlimm aussieht, daß man noch mit ihr paktieren kann. Heillose Furcht faßt ihn aber bei dem Ge-

denken, daß dasjenige, was sich jezt noch hinter glatten Formen verbirgt, herauszutreten könnte mit brutaler Nacktheit, als dasjenige, was es ist. Auf der Nase und dem Bauch läge dann der bürgerliche Liberalismus, und deshalb ist die Wahrheit „Gefahr“ für ihn. Für was nicht? Möge die Stumm'sche Arbeiterpolitik offen als Regierungsmagime ausgerufen werden, — desto besser! Desto klarer sehen und fühlen die großen Massen, und desto mächtiger wird unsere Bewegung. Der Gegensatz zwischen den kaiserlichen Erlassen von 1890 und zwischen der zum Regierungsprogramm erhobenen Stumm'schen Sozialpolitik dürfte besser wirken, als tausend Agitationsreden von unserer Seite, und wenn Liberalismus und Demokratie à la Sonnemann dabei „Gefahren“ wittern, wir haben nur zu gewinnen. Dann beginnt erst der ehrliche, offene Kampf von Angesicht zu Angesicht, und wir trauen dem jungen Kaiser wohl zu, daß auch er diesen mehr liebt, als das Versteckenspielen der sich als Hoffnungen gebenden liberalen und konservativen Politiker.

Die „Gefahr“ möge also Wirklichkeit werden, wir sind auf sie gerüstet. Das ist ja die wunderbare Kraft unserer Weltbewegenden Anschauungen und Grundzüge, daß ihr alle Dinge zum Besten dienen müssen, vor Allem aber Offenheit und Klarheit, und scheinen sie angstvollen Bedientenseelen auch noch so „gefährlich“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Januar.

Aus dem Reichstage. Wieder einmal erschien heute Herr Ackermann mit der weißen Weste auf der Bildfläche, um in der bekannten eintönigen Weise noch einmal — wer weiß zum wie vielen Male — seine alte Rede über den Befähigungsnachweis zu halten. Das Gleiche ist von den Zunftgenossen des Herrn Ackermann, dem Kaplan Hise und dem Schornsteinfegermeister Mehner zu konstatieren. Recht glücklich polemisirten gegen die Zünflerei die Freisinnigen Schrader und Hirsch und unsere Genossen Stolle und Vock. Das Ergebnis der Diskussion war, daß das Zentrum und die Rechte von dem Gewicht ihrer Majorität Gebrauch machten und trotz der in der Debatte erlittenen entscheidenden Niederlage die Gründe der Gegner niederstimmten. Bei der ablehnenden Haltung der Regierungen ist den Zünflern der billige Triumph zu gönnen, helfen wird er ihnen nichts.

Nach den im Reichs-Versicherungsamt angefertigten Zusammenstellungen, welche auf den von den Vorständen der Versicherungsanstalten und der zugelassenen besonderen Kassen-einrichtungen gemachten Angaben beruhen, betrug am 31. Dezember 1892 die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes erhobenen Ansprüche auf Bewilligung von Altersrente bei den 31 Versicherungs-

„Er machte damals auf mich den Eindruck eines eben aus dem Zoologischen Garten entsprungenen Tigers,“ sagte Couture. „Ein magerer, fuchshaariger Mensch, Augen so dunkel wie Spaniol, graue Gesichtsfarbe, kalte phlegmatische Züge, in denen doch die Eier lag, Witzton und Wajfen aufzufressen; ein Arbeiter ersten Ranges, der Schreden seiner Gehilfen, die nie müßig gehen durften, gebildet, gewunden, doppelzüngig, honigsüß in Worten, nie erregt und doch so haherfüllt im Innern, wie nur ein Mann des Gesetzes hassen kann!“

„Er hat aber auch gute Seiten,“ rief Finot. „Er ist seinen Freunden sehr ergeben.“

Zwei Sorten Anwälte giebt es in Paris,“ sprach Blondet. Entweder ist der Anwalt ein rechtlicher Mann, der in den Schranken des Gesetzes bleibt, die Prozesse rasch führt, den Geschäften nicht nachläßt, nichts veräußert, seinen Klienten loyalen Rath ertheilt und ihnen lieber zum Vergleich rath, wenn der Ausgang ihrer Sache zweifelhaft ist. Dann aber giebt es den hungrigen Advokaten, dem alles gleich ist, wenn nur die Kosten gedeckt sind, dem kein Mittel zu schlecht ist, der einem Schuft zum Siege über den rechtlichen Mann verhilft, dem zufällig ein formelles Versehen passiert ist. Treibt es ein solcher Advokat zu arg, so zwingt ihn die Anwaltskammer, seine Stelle zu verkaufen.

Desroches, unser Freund Desroches, war der richtige Mann für dieses sonst nur von armseligen Tröpseln armselig betriebene Handwerk. Er kaufte Leuten, die zu verlieren fürchteten, ihre Prozesse ab, und schreckte vor keiner Ghifane zurück. Er war eben ein Mann, der nicht arm bleiben wollte. Er hat recht gehabt und sein Handwerk geschickt betrieben. Er fand in Staatsmännern, deren verwickelte Angelegenheiten er zum glücklichen Ausgang führte,

Feuilleton.

Abdruck verboten.)

§

Hans Nuzingen.

Soziale Studie von H. de Balzac. Deutsch von Curt Baake.

„Es ist doch häßlich von Bigion,“ fiel hier Blondet ein, „daß er auf Vollständigkeit hält; soppt er nicht andere, spottet er über sich selbst.“

„Ich zah' Dir's zurück, Blondet,“ sagte Bigion. „War die liebe Baroin leichtsinnig, sorglos, egoistisch; konnte sie nicht rechnen, so hatten das Haus Adolphus u. Co. in Mannheim und die blinde Liebe des Barons von Aldrigger diese Fehler zu verantworten.“

Die Baroin war so sanft wie ein Lamm, sie hatte ein zärtliches, kirseliges Herz; leider wahrte die Nahrung nie lange und erneuerte sich also oft.

Als der Baron starb, wäre unsere Semerin ihm bald ins Grab gelgt, so stark und anfrichtig war ihr Schmerz, aber . . . an andern Morgen gab es beim Dejeuner junge Schoten, die sie leidenschaftlich gern aß und bei den jungen Schoten ging die Krift bald vorüber. So blind liebten sie ihre Töchter und alle ihre Leute, daß sich das ganze Haus über diesen Umstand von Herzen freute: der Baroin konnte so wenigstens der traurige Anblick des Leichenzuges erspart bleiben.

Hans und Malwine verschluckten ihre Thränen, und während das Requiem geungen wurde, beschäftigten sie ihre

geliebte Mutter mit der Auswahl und Bestellung der Trauerkleider.

Wenn ein Sarg unter dem mächtigen Katafall steht, auf dessen schwarz und weißes Tuch das Wachs von den Lichtern herabtropft und der nach Aufsicht eines philosophischen Leidenträgers, wie er mir bei einem Glas Wein offenbarte, dreitausend vornehmen Leiden dient, bevor er erneuert wird, wenn die niedere Geistlichkeit gleichgiltig das Dies irae herunterbläst und die hohe Geistlichkeit nicht minder gleichgiltig das Todtenamt hält, wist Ihr, wovon sich dann die Freunde des Verstorbenen unterhalten, die in schwarzer Trauerkleidung in der Kirche stehen oder sitzen? Aufgepaßt: ein neues Bild!

Seht hin!

„Wie hoch schätzen Sie den Nachlaß des alten Aldrigger?“ wandte sich Desroches an Taillefer. . . . „War Desroches damals schon Anwalt?“ wurde Bigion in seiner Schilderung unterbrochen.

„Er hatte kurz vorher eine Advokatenstelle gekauft,“ erwiderte Couture. Und das will für ihn, den Sohn einer armen Wittwe, die im Palais Royal Stempelpapier verkaufte, viel sagen. Mehr wie achtzehnhundert Franks hat er als Notargehilfe niemals gehabt. Wie hat er aber auch von 1818 bis 1822 gearbeitet!“

„Desroches?“

„Ja,“ bestätigte Bigion. „Gleich uns hat sich Desroches auf dem Dinger Hiobs gewälzt. Als er's satt hatte, stieß er enge Röcke mit zu kurzen Aermeln zu tragen, warf er sich voller Verzweiflung auf die Jura und kaufte sich einen vorläufig noch leeren Titel. Er besaß keinen Pfennig, hatte keine Klienten, keine anderen Freunde wie uns und sollte die Zinsen für eine Bürgschaft und das Geld, das seine Stelle gekostet hatte, bezahlen.“

ankommen und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen 224 630. Von diesen wurden 175 874 Rentenansprüche anerkannt und 29 922 zurückgewiesen, 4192 blieben unerledigt, während die übrigen 4642 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den erbobenen Ansprüchen entfallen auf Schlesien 25 796, Ostpreußen 20 891, Brandenburg 17 180, Rheinprovinz 15 008, Hannover 13 086, Sachsen-Anhalt 12 646, Posen 11 704, Schlesien-Hollstein 8606, Westfalen 8437, Westpreußen 8378, Pommern 7555, Hessen-Rassau 4902, Berlin 2425. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 22 560 Altersrentenansprüche, auf das Königreich Sachsen 9348, Württemberg 5004, Baden 4213, Gr. Hessen 3941, beide Mecklenburg 4590, die Thüringischen Staaten 4718, Oldenburg 797, Braunschweig 1587, Hansestädte 1509, Elsaß-Lothringen 6722 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesammt 8087.

Die Zahl der während desselben Zeitraums erbobenen Ansprüche auf Bewilligung von Invalidenrente betrug bei den 31 Versicherungsanstalten und den 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesammt 86 696. Von diesen wurden 17 946 Rentenansprüche anerkannt und 12 688 zurückgewiesen, 4177 blieben unerledigt, während die übrigen 1885 Anträge auf andere Weise ihre Erledigung gefunden haben. Von den geltend gemachten Invalidenrenten-Ansprüchen entfallen auf Schlesien 5178, Ostpreußen 2972, Rheinprovinz 2810, Hannover 1928, Brandenburg 1747, Westpreußen 1676, Sachsen-Anhalt 1592, Posen 1364, Pommern 1242, Westfalen 1201, Hessen-Rassau 803, Schlesien-Hollstein 533, Berlin 523. Auf die 8 Versicherungsanstalten des Königreichs Bayern kommen 4747 Invalidenrenten-Ansprüche, auf das Königreich Sachsen 1248, Württemberg 1032, Baden 1058, Großherzogthum Hessen 443, beide Mecklenburg 408, die Thüringischen Staaten 634, Oldenburg 86, Braunschweig 217, Hansestädte 181, Elsaß-Lothringen 766 und auf die 9 zugelassenen Kasseneinrichtungen insgesammt 2307.

Unter den Personen, die in den Genuss der Invalidenrente traten, befanden sich 543, welche bereits vorher eine Altersrente bezogen.

Für die Militärvorlage und gegen Bismarck zu polemisieren — in diese Lage sind jetzt die Nationalliberalen gekommen. Die „Nationalzeitung“ und Bismarck berufen sich beide auf Mollath, wobei die „Nationalzeitung“ Bismarck noch obendrein der Unwissenheit beschuldigt. —

Der Handelsminister v. Verlepsh erhält seinen Lohn für die Schwäche, die er gegenüber der Abkantung durch Herrn v. Stumm in der Reichstagsdebatte zeigte. Bismarck versteht ihm in seinem Organ, den „Hamburgischen Nachrichten“ folgenden Hieb:

„Und ist die Festigkeit angenehm aufgefallen, womit der Handelsminister von Verlepsh bei der neulichen Reichstags-Debatte den Sozialdemokraten widersprochen hat. Herr von Verlepsh ist damit der Verantwortlichkeit, die ihm zufällt, einigermassen gerecht geworden, da er — nicht als Minister, aber doch als Regierungspräsident in Düsseldorf — den sozialdemokratischen Bestrebungen nicht mit derselben Entschiedenheit entgegengetreten ist, wie der Oberpräsident von Westfalen. Letzterer wurde wegen seines Auftretens pöbellich abgesetzt, während Herr von Verlepsh infolge seiner Haltung, die er als Regierungspräsident in Düsseldorf ohne Fühlung mit seinem damaligen vorgehenden Handelsminister eingenommen hatte, zum Oberpräsidenten und in kurzer Zeit zum Minister ernannt wurde. Es ist sehr erfreulich, wenn Herr von Verlepsh die Entschuldigungen gewonnen hat, daß seine amtliche Vergangenheit ihn besonders verpflichtet, den Auswüchsen der damals von ihm gepflegten Tendenzen entgegen zu treten.“

Dieser damalige vorgehende Handelsminister war Bismarck. Auf eine kleine Verdrehung und Fälschung kommt es diesem hierbei selbstverständlich nicht an. Zur Zeit als Verlepsh Regierungspräsident war, unterstand das Berg- und Hüttenwesen überhaupt nicht dem Handelsministerium, sondern dem Ministerium für öffentliche Arbeiten. Herr von Verlepsh freiwillig hat den Gesellschaften sich selbst zugezogen; ein Minister, der sich in dem Unteroffizierston des Herrn von Stumm einschauzen läßt und diesem gegenüber keine andere Erwiderung hat als Entschuldigungen, hat keinen anderen Ausweg mehr, als die volle Unterwerfung unter Stumm und Konfession. —

Der neue Wahlgesetz-Entwurf für das preussische Abgeordnetenhaus bringt dem bisherigen Wahlgesetz gegenüber keinerlei Besserung. Für das alte wie für das neue Wahlgesetz paßt die dem ersten von Bismarck gegebene Bezeichnung des denkbar elendesten Wahlgesetzes. An dem Entwurfsentwurf würde auch wenig geändert, wenn das Verlangen des Zentrums, wenigstens die geheime Abstimmung anzunehmen, erfüllt wird. Aber auch hiergegen wenden sich die offiziellen Stimmen, und der „Hamburger Korrespondenz“

warme Beschützer, die ihm den Rücken deckten. . . . Doch genug davon. . . . Fahr' lieber fort, Virgion, und erzähle, weshalb sich Desroches in der Kirche befand.“

Virgion nahm die unterbrochene Schilderung wieder auf: — Aldrigger hinterläßt sieben oder achtmalshunderttausend Franks, antwortete Taillefer auf Desroches' Frage.

„Ach Unsinn, nur Einer kennt ihr' Vermögen genau, meine Werbrust, ein Freund des Verstorbenen.“

Wer?

Der dicke Epibuben, der Nuzingen! Er geht bis zum Friedhof mit; Aldrigger war sein Prinzipal, und aus Dankbarkeit hat er des guten Mannes Kapitalien angelegt.

Seine Wittve wird aus den Wolken fallen. Was soll das heißen?

Aldrigger liebte seine Frau. . . . Lachen Sie doch nicht, man sieht schon her.

Ach, da kommt ja auch Du Tillet. Wo steckte er denn so lange? Wir sind ja schon bei der Epistel.

Er heirathet voraussichtlich die Keltere. Was Sie sagen! flüsterte Desroches.

Sein Verhältniß zu Frau Roguin ist ja jetzt gerade enger als je!

Er und enger Verhältniß! Sie kennen ihn wohl nicht? Wie sieht Nuzingen zu Du Tillet! fragte Desroches.

Folgendermaßen, erwiderte Taillefer. Nuzingen ist ganz der Mann dazu, das Vermögen seines ehemaligen Prinzipals zu verschlingen und es dann dadurch zu ersetzen, daß . . .

Werbrust räusperte sich: In den Kirchen ist es doch immer verdammt leucht. Um! Um!

Wie zu ersetzen? Ganz einfach! Nuzingen weiß, daß Du Tillet sehr reich ist; deshalb soll er Malvine heirathen. Du Tillet traut aber Nuzingen nicht recht, und für den Zuschauer ist ihr Spiel miteinander recht ergötzlich.

Was, Malvine schon heirathsfähig? sagte Werbrust. Wie rasch man doch alt wird.

Malvine von Aldrigger ist schon in den Zwanzigern. Der gute Aldrigger heirathete im Jahre 1800! Nie sah Strassburg herrlicheres Fest als bei seiner Heirath und bei Malvines

deut' sieht sogar in der öffentlichen Stimmabgabe einen Schutz des Wahlrechts gegen ultramontanen und freisinnigen Terrorismus. Es giebt eben nichts so Widersinniges, daß offiziöse Beweisführung es nicht vertheidigen würde. —

Wahren Arbeiterschutzes predigen jetzt König Stumm und dessen Organe. Dieser wahre Arbeiterschutzes soll bestehen in der Beseitigung des Koalitionsrechts, in der Proklamirung der absoluten Herrschaft des Proletariats über die Arbeiter. Wie weit die Annahmen desselben gehen, ersieht man aus den Zuständen im Königreich Stumm, dessen Potentat sogar die Eheschließung der Arbeiter von seiner Erlaubniß abhängig macht, oder, um so korrekt mit den Worten des Herrn v. Stumm auszudrücken, den Arbeitern die Freiheit der Eheschließung wohl läßt, aber den Arbeiter, der die Genehmigung nicht einholt, entläßt. Deutlicher kann der Progenhochmuth nicht zum Ausdruck kommen. —

Gegen die Sonntagsruhe wirkt jetzt selbst Herr Stöder. In einer Versammlung in der Tonhalle zu Berlin suchte er das Verlangen nach „konservativer Demagogie“ zu rechtfertigen, indem er ausführte, daß die Gesetze einer zunehmenden Unterströmung im Volke bedürften, und bemerkte dabei: „Denken Sie an das Sonntagsgesetz! Statt gedeihlich zu wirken, hilft es die Wirthshäuser füllen, macht die Kirchen vielleicht noch leerer!“ Der Sinn dieser Worte ist der: Das Sonntagsgesetz wäre gut, wenn die Sonntagsruhe dahin führte, daß die Massen die Kirchen des Herrn Stöder besuchten; da aber eine solche „Unterströmung im Volke“ einmal nicht existirt, so wäre es dem Stöder lieber, wenn die Arbeiter, statt einige Stunden zu haben, die sie nach freiem Ermessen dem eigenen Behagen widmen, auch diese im Sklavenjoch zubrachten. Unverstorbener kann sich der pöbelische Geist nicht offenbaren. —

Der Reichstags-Abgeordnete Hilbert (Zentrum) für den Wahlkreis Amberg ist am 15. Januar gestorben. Auch in diesem bayerischen Zentrumssitz dürfte Sigl kandidiren. —

Den Grundirrtum der Arbeiter hat der Oberbürgermeister von Charlottenburg, Freitche heißt er, erkannt. Zu einer Deputation Arbeitsloser sagte er nach der „Charlottenburger Zeitung“:

„Es sei der Grundirrtum, der sich durch die Arbeiterverhandlungen der Neuzeit hindurchziehe, daß den Arbeitern dem Staat und den Gemeinden gegenüber ein Recht auf Arbeit zustehe. Niemand habe ein „Recht“ auf Arbeit, vielmehr sei ein jeder seines Glückes Schmied, und auch der Arbeiter sei im Kampfe mit des Lebens Nöthen und Sorgen keine andere Stellung ein, wie der Handwerker, der Gewerbetreibende u. s. w.“

Der Herr Oberbürgermeister hat vollständig Recht, daß außer den Arbeitern keine andere Klasse das „Recht auf Arbeit“ in Anspruch nimmt; alle anderen Klassen verlangen nur das Recht auf „Ausbeutung“ der Arbeit. Die Großgrundbesitzer erheben beim Staat den „Anspruch auf Rente“, die Gruben- und Eisenindustriellen and andere Fabrikanten den Anspruch auf Profit, Lantienen, setze Dividende und hohen Aktienkurs, die Innungen erheben Anspruch auf Privilegien gegenüber der Konkurrenz, auf die Herrschaft über die Arbeiter und unbeschränktes Schinden der Lehrlinge, diese Klassen wollen insgesammt kein bloßes „Recht auf Arbeit“.

Wenn aber der Herr Oberbürgermeister so von oben herab den Arbeitern das Recht an den Staat abstreitet, dann dürfte es auch wohl schlimm mit dem Rechte des Staates an die Arbeiter stehen. Man möge dann wenigstens auch die Arbeiter damit verschonen, daß man Militärdienst und Steuern von ihnen verlangt, oder gar, daß man von ihnen die Groschen für das Gehalt hochweiser Oberbürgermeister erhebt. —

Kein Nothstand in Köln. Die Stadtverordneten-Versammlung in Köln nahm auf den Bericht des Oberbürgermeisters den vom Magistrat und der Stadtverordneten-Kommission gefaßten Beschluß an, wonach sie die Bewilligung eines Credits zu außerordentlichen städtischen Arbeiten, die Errichtung eines Bureaus für Meldung der Arbeitslosen, und die Vergabe des Gürzenichs zur Versammlung der Arbeitslosen einstimmig ablehnte. Wenn sich mit der bloßen Abstimmung auch nur der Nothstand beseitigen ließe! —

Geburt im Jahre des Friedens von Amien, also 1801. Jetzt schreiben wir 1823, Papa Werbrust. Zu jener Zeit schwärmte alles für Ossian, und deshalb nannte er auch seine Tochter Malvine. Sechs Jahre nachher unterm Kaiserreich war das Mittelalter eine Zeit lang wieder modern, das Ritterwesen, die Kreuzzüge und ähnlicher Blödsinn. Deshalb nannte er seine zweite Tochter Jaurra. Sie ist jetzt siebzehn! Zwei Töchter sind also zu haben.

In zehn Jahren haben die Mädchen keinen rothen Keller mehr, flüsterte Werbrust Desroches vertraulich zu.

Aus der Zeit stammt noch der alte Kammerdiener des seligen Aldrigger, sagte Taillefer, der alte Casser, der dort hinten so eifrig mitplärrt. Er sah die beiden Mädchen heranwachsen und würde sein Leibes für sie opfern.

(Die Choränger: Dies irae!) (Die Chorknaben: Dies illa!)

Taillefer: — Auf Wiedersehen, Werbrust! Das „Dies-irae“ kann ich nicht mit anhören. Ich muß dabei zu viel an meinen armen Sohn denken.

Ich gehe mit, sagte Werbrust. — Mir ist's zu feucht hier.

(In favilla.) (Die Wittler an der Kirchenthür: Eine milde Gabe, liebe Herren!)

Der Schweizer setzt seinen Stab auf: (Bang... Bang) Für die heilige Kirche.

Die Sänger drein: Amen! Ein Freund des Todten: — Woran ist er denn eigentlich gestorben?

Ein sonderbarer Spottvogel: — Eine Geldader ist ihm geplagt.

Ein Passant: — Wissen Sie vielleicht, welcher hohen Persönlichkeit mit dem Tode abgegangen ist?

Sein Weiter: — Wie heißt der Herr Präsident von Montequieu! (Fortsetzung folgt).

*) Der erste Vers des berühmten lateinischen Kirchenliedes lautet: Dies irae, dies illa — solvet saeculum — in favilla! — Tag des Jornes, Tag, der das Jahrhundert in Asche verwandelt. D. Ueberf.

Als das elendeste aller Wahlgesetze hat Bismarck das preussische Wahlgesetz bezeichnet. Jetzt erklärt er, es wäre dieses nur geschieden, weil er es zur Erreichung dessen, was er damals anstrebte, rhetorisch für nützlich hielt. Daß Bismarck damals wie heute, selbst wenn er eine Wahrheit sagte, dieses nicht aus Wahrhaftigkeit that, haben wir nie bezweifelt und thun es auch heute nicht. Der Ausspruch, den er seiner Zeit that, war und bleibt aber ebenso richtig, ob ihn Bismarck rhetorisch für nützlich oder nicht nützlich hält. —

Die Antisemitische Verbindung in Frankreich mit der Deutschenhege. Die „Kreuz-Zeitung“ ruft darüber mit Entrüstung aus:

„Was haben die Herren Rothschild, Reinach, Karon-Praton, Herz u. a. m. mit Deutschland zu thun? Sind wir daran schuld, daß man diesen Khasidern der Hochfinanz in Frankreich einen so großen Platz einräumt?“

Hat die „Kreuz-Zeitung“ vergessen, daß sie selbst einem Rothschild und Stroussberg einen Platz in den Reihen ihrer eigenen Partei eingeräumt hat? Und was oder ist nicht heute noch ein Bleichröder der Intimus Bismarck's? Und wie viele Kreuzzeitungsritter haben nicht ihren Stammbaum bei jüdischen Finanzbaronen zur Schau gestellt und mit demselben nach jüdischen Goldfischen geangelt? Der feudale Schnapsbrenner und der Börsejude paßten sehr gut zusammen. Warum geniren sich heute die Parteigenossen des Herrn Grafen von Bismarck? —

Aus Amsterdam, d. d. 16. Januar, wird uns geschrieben:

Heute hielt Luitjes, der Führer der sozialdemokratischen Partei in den Norddistrikten von Holland im Vereinslokal „Constantia“ eine ausgezeichnete Rede über „die jüngsten Unruhen in den nördlichen Provinzen“, deren Ursachen, bisherigen und voraussichtlich weiteren Verlauf er in klarer Weise seinen Zuhörern vor Augen führte.

Nedner begann damit, ausdrücklich zu betonen, daß die Berichte einzelner Blätter betreffs der Vorgänge im Norden stark übertrieben wären. Nach diesen Berichten schien es fast, als ob der ganze Norden in heftigem Aufruhr begriffen sei. Nichts ist weniger wahr, aber mit Absicht sind diese Berichte übertrieben worden, um nur ja von der Regierung harte Maßnahmen Infanterie und Kavallerie zu erhalten. Mit Recht rief das Volk aus: „Statt Brot schickt uns die Regierung Pulver und Blei!“

Die erste Vorbereitung zu den Vorgängen war die, daß ein Arbeitgeber zu Hoogeant, Ciste Smit, einem jungen Arbeiter befohl, bei einer Temperatur von — 10 Grad im Wasser zu gehen, um dort zu arbeiten. Darauf erfolgte eine Protestversammlung, dann eine Art Verantwortungs schreiben des Herrn Smit, alsdann wieder eine Protestversammlung, gefolgt von einem Aufruf, bei dem allerdings einige Revolvergeschosse gelöst und Heufackeln eingeworfen wurden. Die Unregelmäßigkeiten in Winshoten waren keine Propagandazüge der Sozialdemokraten, sondern einfach Aufzüge von Hunger leidenden Menschen, deren Aussehen Jedermann erbarmen mußten.

Bei der Versammlung in Sappemeen war das Auftreten seitens des Militärs ungerechtfertigt und brutal, so daß Angst und Mache gegen alles, was Militär heißt, entflammt ist. Nedner fährt aus, daß überall das schroffe Auftreten von Militär und Polizei die Hauptschuld an den Unruhen getragen hat. Im Norden glüht es jetzt unter der Oberfläche, und wenn einst eine Volkserhebung angebrochen ist, dann sollen Nordhollands Ehre nicht fehlen.

Sprecher berührt auch noch die Hausfuchung in seiner Wohnung und Druckerei nach Dynamit. Es stellte sich dabei heraus, daß die „Sucher“ nicht einmal wußten, wie dies „geschickliche Spielzeug“ eigentlich ausieht.

Ein Soldat des in Utrecht garnisonirenden Infanterie-Regiments hat in einem Briefe erklärt, daß ungefähr 800 Mann ihm entschlossen seien, nicht auf die Arbeiter zu schießen, falls sie nach dem Norden abkommandirt würden. Eine gute bedeutungsvolle Nachricht.

Zum Schluß erwähnt Nedner, jetzt, einmal noch gerüttelt, anzuhalten und sich nicht wieder einwiegen zu lassen.

In Belgien will man, nach dem Muster Schweden ein Referendum — d. h. eine Volksabstimmung über das allgemeine Wahlrecht vornehmen. Der Brüsseler Stadtrat hat einen Beschluß in diesem Sinne gefaßt. Alle männlichen Staatsangehörigen von 21 Jahren und darüber — 45 000 an der Zahl — sollen sich am Referendum betheiligen. Zwanzig Abstimmungslokale werden eingerichtet. Die Abstimmung ist einfach: für oder wider das allgemeine Wahlrecht. — Gent und andere Städte werden dem Beispiel von Brüssel folgen. —

Republikaner, wie sie nicht sein sollte, sind jetzt in Frankreich zu finden. Wir meinen nicht die „Panamiten“ — Epibuben giebt's überall, und nicht überall packt man sie am Kragen. Aber Republikaner, die Zeitungs-Praktiker ausweisen, weil sie die saften Finanzpraktiken eines russischen Regierungsvorsetzes nicht totgeschwiegen haben, und die ein neues Prei-Knebelgesetz fordern, das Angriffe auf fremde Monarchen und deren Wirthschafter — soll heißen, auf „Alerchen“ und seinen Wohnheim — mit schweren Strafen belegt, — solche Republikaner haben wir bis jetzt doch noch nicht gekannt. Und beides — der Ausweisungen erwandten wir bereits — hat die „radikale“ französische Regierung schon gethan. Und diese Regierung verlangt von Europa, es solle glauben, daß sie entschlossen sei, dem Panamismus in Frankreich ein Ende zu machen. Jährlich, wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß das Bürgerthum, selbst in seinen gesünderen Elementen, unfähig ist, den Aglastall der kapitalistischen Korruption aufzufegen, dann ist das neueste französische Ministerium durch diese zwei Maßregeln ihn glänzend erbracht. —

Ein kapitalistisches Späßchen läßt Lante Wof sich aus Frankreich erzählen. Ihr Pariser Korrespondent schreibt aus Paris, d. d. 15. Januar:

Zu Blois sind einige Schussfalken, die stammen gegen 500 Arbeiter beschäftigt. Vor einigen Tagen fanden die Arbeiter aus und verlangten eine Lohnerhöhung. Die Unternehmer nahmen von vornherein eine sehr verschärfte Haltung an und erklärten sich bereit, den Lohnstreit durch einen Schiedsrichter entscheiden zu lassen. Dieser wurde von den Arbeitern ernannt und von den Fabrikanten angenommen. Nach einigen Verhandlungen fällte der Schiedsrichter seinen „Urtheil“, das in allen Hauptpunkten den Arbeitern günstig war und nur in einem oder zwei unwesentlichen Punkten für die Fabrikanten entschied. Diese unterwarfen sich dem Schiedsrichter, der nun auch den Arbeitern mitgetheilt wurde. Viele von diesen fanden ihn durchaus annehmbar, aber die Führer der Bewegung waren anderer Meinung, und bei der Abstimmung wurde mit 284 gegen 190 Stimmen beschlossen, die Arbeit nicht aufzunehmen, so lange die Unternehmer nicht alle Bedingungen der Arbeiter angenommen haben würden. Gleichzeitig wurden milde Drohungen gegen die Fabrikanten ausgesprochen. Diese

erschaffen und fasten einen durchgreifenden Beschluß: sie entschließen sich nämlich einmütig dafür, Blois zu verlassen, ihre Fabriken zu schließen und alle ihre Maschinen, Werkzeuge u. s. w. mitzunehmen, da sie sich an Leib und Vermögen nicht mehr sicher fühlten. Gestern führten sie diesen Beschluß aus. Die Arbeiter wollten sie aber am Wegzug verhindern, denn, sagten sie, es sei Pflicht der Unternehmer, in Blois zu bleiben, und sie seien als eine Art Geiseln anzusehen, deren man sich versichern müsse, damit sie den Arbeitern nicht schaden können. Die Fabrikanten riefen den Schuß der Behörden an, die denn auch den Rückzug der Gliedernden mit Polizei und einem ganzen Bataillon Soldaten deckten. Natürlich verhinderte dies die Arbeiter, von Drohungen zu Thätlichkeiten überzugehen, als aber die Fabrikanten abgezogen waren, überreichten die Arbeiter im Stadthaus eine schriftliche Beschwerde gegen das, was sie die Einmischung der öffentlichen Gewalten in ihren Lohnstreik und die Parteinehmer für die Fabrikanten nennen. Die Behörden nehmen für die Arbeitgeber Partei, wenn sie die Arbeiter verhindern, sie todtzuschlagen und ihre Häuser zu plündern. Die Auffassung ist höchlich. In anderen Ländern kommt es noch vor, daß die Behörden Arbeiter, die ihre Arbeitsgelegenheit verlassen wollen, hieran gewaltsam verhindern, mit der Begründung, daß sie ihre Kündigungstrift einhalten müssen. Was die Arbeiter gestern in Blois versuchten, das ist eine gute Parodie eines derartigen Vorgehens. Der Unternehmer als Selbstiger seiner Lohnarbeiter ist etwas Neues. Die Arbeiter nennen sich gern Lohnsklaven. Wenn sie für sich die Freiheit fordern, so ist nicht einzusehen, wie sie die Sklaverei der Arbeitgeber begründen wollen.

Natürlich ist das Dichtung mit bloß einem einzigen Körnchen Wahrheit. Wahr ist, daß eine Differenz stattgefunden hat. Wahr ist, daß die Arbeitgeber mit Wegzug gedroht haben. Allein Dichtung ist alles Uebrige. Den Arbeitern ist es nicht eingefallen, die Arbeitgeber am Auswandern zu hindern. Und den Arbeitgebern von Blois fällt es nicht ein, sich dauernd von ihren Arbeitern zu trennen, die für sie ja das Guhn darstellen, welches die goldenen Eier legt. Der ganze Streit ist bereits in den Bahnen friedlicher Verständigung. —

Das italienische Klein-Panama ist von der Kammer des Herrn Giolitti bekanntlich durch einen parlamentarischen Staatsstreik für den Augenblick beseitigt worden. Die Kammer erklärte „Alles in Ordnung“ und lehnte die Niederlegung einer Untersuchungs-Kommission ab. Leider kümmern sich die „widerspenstigen Thatsachen“ nicht um den Kammerbeschluß — und die abscheuliche Wirtschaft der „Römischen Bank“ hat sich nicht länger verstopfen lassen. Es fehlen gegen 80 Millionen Lire (Franken), die ungedeckt sind, und der Kassierer einer Bank-Filiale ist mit 2 1/2 Millionen durchgebrannt. Der Anfang der Enthüllungen hat für Italien begonnen. —

Parlamentarisches.

In der Wahlprüfungs-Kommission fand heute endlich die entscheidende Abstimmung über die Wahl des Abgeordneten Möller in Dortmund statt. Herr Möller ist seit seinerzeit in der engeren Wahl mit 19 867 Stimmen gegen 17 014 gegen unseren Parteigenossen Lölke gewählt worden. Dieser Sieg konnte von den Nationalliberalen nur errungen werden, indem sie alle Mittel der Einschüchterung und der Vergewaltigung in Anwendung brachten, durch welche die Wahlen in Dortmund von jeher geradezu verhängt sind. Besonders toll trieben es die Herren von jeher und auch bei der letzten Wahl wieder in der Stadt Hörde. Die Wähler dieser Stadt bestanden wie der von dem liberalen Wahlkomitee eingereichte Gegenprotokoll selbst angibt, zu 1/3 aus Arbeitern und Beamten des Hörder Vereins. Natürlich werden aus der Reihe der letzteren die Wahlvorksteher und Beisitzer gewählt, was aber dann von diesen Herren noch übrig bleibt, das übernimmt die Rolle des Eintreibers und Uebervachers bei der Wahl. In welcher Weise in diesem Industriezentrum die Wähler an die Urne getrieben werden, dafür mag nachfolgende eidlisch erhärtete Aussage eines der vernommenen Zeugen sprechen. Es ist der Schlosser Dugemann, welcher folgendes deponierte:

„Am Wahltage, den 20. Februar v. J., betrat ich Nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr das 5. Wahllokal auf dem Schilde hier selbst. Viktor Dehde und Kaplan Winkel waren schon dort. Ich kam in Begleitung des Redakteurs Venzing.

Ich sah sofort, daß die Arbeiter der Hörder Werke bei Ausübung ihres Wahlrechts durch Anstellung der Werke beständig kontrolliert wurden.

Den mir hier vorgelegten Situationsplan des Wahllokals 5 habe ich selbst entworfen auf Ansuchen des Redakteurs Venzing. Der Entwurf entspricht der Wirklichkeit.

Im Hür vor dem Wahlraum saßen bei meinem Eintritt am Agitationsische u. a. der Hältenangehörte Kemmer, welcher Wahlzettel und Flugblätter der nationalliberalen Partei vor sich liegen hatte. Verselbe leistete augenscheinlich die Wahlzettelverteilung, während andere Angestellte der Werke des Hörder Vereins, insbesondere der Portier Wähler und Obermeister Köllmeier, die Verteilung der Zettel besorgten.

Die Zettel wurden den Arbeitern zusammengefaßt überreicht, die Haltung war, wenigstens so lange ich im Wahllokal 5 mich befand, bei allen nationalliberalen Zetteln eine anfallend gleiche. Der Name des Kandidaten Möller war äußerlich erkennbar auf mindestens Armeslänge.

Jeder Arbeiter wurde von Empfang des Zettels bis zur Abgabe am Wahltag seitens der Angestellten der Hörder Werke nicht aus dem Auge gelassen; seine Kontrolle erfolgte vielmehr von allen Seiten, von dem Agitationsische im Hür aus, von dem Kontrollpunkt links vom Wahltag aus, aus welchem sich die Hältenangehörte Orin, Köllmann jun. und Kemmer jun. befanden, durch Wähler und Köllmeier, sowie noch durch verschiedene andere Angestellte oder Arbeiter der Hörder Werke, die sich im Wahlraum hin- und herbewegten und bald von hier, bald von dort aus ihre Beobachtungen machten.

Die Werkarbeiter waren infolge dessen nicht im Stande einen anderen Zettel, als den ihnen überreichten, am Wahltag abzugeben, ohne daß es bemerkt worden wäre.

Verschiedene Wähler, deren Namen ich jedoch nicht mehr kenne, haben mir vor dem Wahltag und später erklärt, sie hätten lebhaft in der Befürchtung, von den Hörder Werken entlassen zu werden, nationalliberal gewählt. Es schien mir, als wenn Wählern und Kemmer jun. den Namen eines jeden Wählers im Augenblick der Stimmgabe aus der Wählerliste festzustellen suchten, während Orin diese Namen anscheinend notierte, sobald er den einzelnen Namen durch Köllmann oder Kemmer genannt erhalten hatte.

Gegen 3 Uhr Nachmittags erschien der Werkpflanzmeister Feiterabend im Hür des Wahllokals und legte mit den Worten: „Neue Auflage meine Herren, keine alten Zettel mehr ausgeben“ einen Pack neuer Zettel gelblicher Farbe, wie der mir hier vorgelegte — nach Blatt 26 der Akten Anlage 2 — auf den Agitationsische.

Vom Wahllokal 5 begab ich mich in Begleitung der beiden Geiseln, Venzing's und des Taalmann zum Wahllokal 4 in der Schuffstraße, haben hier jedoch nur den Hausflur betreten, da

es gleich hier, „was wollen die Pfaffen hier“ und infolge einer Gegenbemerkung Taalmann's Streit und sogar Gewaltthätigkeiten leicht vorzukommen konnten.

Vorsiehendes erschöpfte meine Wissenschaft.“ So wie vordem Jugemann sagen die anderen vernommenen Zeugen aus. Das liberale Wahlkomitee selbst aber giebt den getriebenen Wahlzettel-Schwindel zu, indem es in seinem „Gegenprotokoll“ sagt: „Daß das liberale Wahlkomitee am Nachmittag des 20. Februar andere Stimmgettel, als die vorher verwandten, auszuheilen ließ, ist richtig; dies geschah infolge der Wahrnehmung, daß im 1. Wahlbezirk den liberalen Wählern von der Gegenpartei Stimmgettel gleich den Zetteln der liberalen Partei zum Zwecke der Täuschung in die Hände gebracht wurden, welche, als die Wähler sie entfalteten, den Namen des ultramontanen Kandidaten enthielten. Das liberale Wahlkomitee bezweckte durch die Verteilung anderer Stimmgettel, daß es dadurch erschwert wurde, den liberalen Wählern Stimmgettel, welche auf den Namen des ultramontanen Kandidaten lauten, in die Hände zu schmuggeln.“

Auch daß der Hörder Verein am Wahltag Abend, nachdem Möller durchgedrückt war, Freibier in unbefränktem Maße gab, wird offen zugegeben.

Alle diese Dinge und noch viele andere zusammen veranlassen den Referenten schon in der vorigen Session die Forderung der Wahl Möller's zu beantragen. Dieser Antrag fiel damals aber mit 5 gegen 3 Stimmen, weil die Hälfte der Kommission es nicht für erwiesen erachtete, daß dieselbe Reberzeugung der Arbeiter, welche für den I., IV. und V. Bezirk in Hörde konstatiert ist, auch in dem II. und III. Bezirk geübt worden sei. Mittlerweile haben die Zeugen freiwillig ihre ersten Aussagen dahin ergänzt, daß die beantragte Kontrolle allerdings in den sämtlichen fünf Hörder Bezirken, und zwar in dem II. und III. Bezirken noch schlimmer wie in den anderen, stattfand. So wurde heute in der Kommission der Antrag auf Ungültigkeitserklärung wieder aufgenommen und schließlich auf 8 gegen 3 Stimmen angenommen. Von der Minorität wurde beantragt, erst Erhebungen darüber anzustellen, ob die Kontrolle wirklich in den fünf Hörder Bezirken geübt worden sei, bestätigte sich dies, dann war auch die Minorität für Kassierung. — Für die Wähler des Kreises Dortmund wird es eine Genugthuung sein, daß auf das schamlose Treiben des dortigen ordnungsparteilichen Wahlkomitees endlich einmal die gebührende Antwort gegeben ist.

Vierte Sitzung der Militär-Kommission. In Fortsetzung der Generaldiskussion erhält das Wort der Ultramontane Dr. Lieber. Dieser Dauerredner erklärt sich in erster Linie mit dem Besseren einverstanden, daß Deutschland die Pflicht habe, die 1871 angetreten Reichsländer für alle Zeiten festzuhalten. Nicht einverstanden sei er mit der Anschauung Bennigsen's, daß die Abgeordneten auch gegen den Willen ihrer Wähler der Vorlage zustimmen müßten. Sachlich folgt er wesentlich den Spuren der neulichen Rede Richter's. Die gegenwärtige Vorlage bekomme einen besonders eigentümlichen Beigeschmack dadurch, daß regierungsfreudig vor zwei Jahren Versicherungen gegeben wurden, die Jedermann so aufpassen mußte, daß mit den damaligen Bewilligungen ein Abschluß herbeigeführt sein sollte, während man jetzt eine vollständige Neu-Organisation und ganz bedeutende Mehrausgaben als unerlässlich bezeichne. Dieses Vorgehen habe sein bisheriges großes Vertrauen zur Militärverwaltung stark erschüttert. Man dürfe sich doch nicht allein auf die militärischen Waffen verlassen; die Diplomatie sei doch auch noch da, um den Frieden zu bewahren! Auch das Bewußtsein, daß der Dreikönig stark genug sei, sich seiner Haut zu wehren, werde die Feinde schon abhalten, über uns herzufallen. Auf die innere Politik übergehend, bemerkt er, mit der fortwährenden Steigerung der Lasten durch das Reich trage man dazu bei, der von Herrn von Freisen schon erwähnten Abnahme des Nationalgeföhls Vorschub zu leisten; es wäre bedauerlich, wenn in Bayern wieder der Ruf ertönen würde: „Lieber bayerisch sterben, als kaiserlich verderben“, wie unter den Habsburgern. Nach einem Seitenhieb auf die siegesgewisse Sozialdemokratie, welche eine Gefahr im Innern darstelle, erklärt er, an der Stellung seiner politischen Freunde zu der Vorlage habe sich durch die bisherigen Verhandlungen nichts geändert. Die Ausführungen des Kanzlers in voriger Sitzung über die Geschichte der zwei- und der dreijährigen Dienstzeit nähigten ihn und seine Parteigenossen, unbedingte an der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit festzuhalten, damit nicht irgend ein Nachfolger Caprivi's wieder zur dreijährigen zurückkehren könne. In puncto der finanziellen Möglichkeit, die neuen Lasten zu tragen, halte er die Vollvertretung für kompetenter als die verbündeten Regierungen. Der alte konstitutionelle Grundsatz vom „Knopf auf denbeutel“ habe seine volle Berechtigung. Die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus über den preussischen Etat lieferten den Beweis, in welcher ungemein trüber Lage wir uns befinden. Sogar der preussische Finanzminister habe vor kurzem erklärt: Die Ansprüche des Staates an die Steuerzahler sind jetzt schon hoch genug. Die Verantwortlichkeit in bezug auf die Lasten, welche die Vorlage mit sich bringe, sei eine solche, daß er und seine Freunde dieselbe nicht tragen könnten.

Der Reichskanzler erwidert, daß der preussische Finanzminister, trotz seiner von dem Vorkredner erwähnten tragischen Haltung im Abgeordnetenhaus, doch diesen Vorlagen für das Reich zugestimmt habe. Die finanzielle Lage Preussens, die ja „verbesserungsfähig“ sei, dürfe mit diesen Forderungen nicht in Vergleich gesetzt werden. Sehr energisch vermahnt er die bayerischen Mitglieder, dagegen, daß irgend einer derselben daran denken könne, sein Vaterland wieder vom Reiche loszureißen. Wenn alle Bayern wüßten, in welcher schwieriger militärischer Lage wir uns befinden, würde keiner (V) gegen die Vorlage stimmen (!). Die Diplomatie habe bisher ihre Schuldigkeit getan und werde sie auch künftig thun. Zu einem Mißtrauen gegen die Militärverwaltung sei nicht die geringste Veranlassung gegeben. Der Vorschlag, die zweijährige Dienstzeit im Rahmen der gegenwärtigen Präsenzliste zuzusetzen, sei für die Regierung unannehmbar, daraus werde sie nun und nimmer eingehen. Auch die pure Annahme der zweijährigen Dienstzeit (d. h. die gesetzliche Festlegung) sei unthunlich, weil die Qualität der Truppen dadurch verschlechtert werde. Es sei dies in Verbindung mit der Verlassung der fünf Monate dienenden Ersatzreserven ein Schritt zur Willkür, den die Regierung nicht mitmache, der erklärlich sei bei der Stellung der Sozialdemokraten, aber nicht bei Leuten, welche an den Grundlagen der heutigen Heeresverwaltung festhalten wollen.

Hg. v. Hammerstein (Lons.) verlangt von den Verbündeten Deutschlands, daß sie in derselben Weise wie dieses ihre Wehrkraft steigern. Durch die Darlegungen des Reichskanzlers habe er sich überzeugen lassen, daß wir z. B. nicht einmal stark genug seien, um mit Frankreich allein fertig zu werden, um den „sauereligen“ raschen Offensivkrieg führen zu können. Die disponiblen Mittel Deutschlands reichten nicht aus, auch nur 14 Tage Krieg zu führen, von dem Patriotismus der Berliner Wölfe aber sei nichts zu erwarten, weshalb wir eben nur durch schnelle Erfolge siegen könnten. Die zweijährige Dienstzeit, die hoffentlich nur ein Experiment sei, gefällte ihm nicht, er hält nach wie vor die dreijährige für nötig. Nach einer Polemik gegen die siffernmäßigen Vorschläge v. Bennigsen's heißt er die Anfrage an den Kanzler, inwiefern die höheren Offiziere sich für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit oder gegen dieselbe ausgesprochen

hätten. Als der einzig richtige Gesichtspunkt in seinen Ausführungen erschien und der Hinweis auf die Ungerechtigkeit, die in der verschiedenen Dienstzeit für die verschiedenen Waffengattungen liegt und die eine große Erbitterung hervorgerufen werde. — Die gesetzliche Festlegung der längeren Dienstzeit hält er für „hochgradig bedenklich“; es sei besser, bei dem System der Dispositionsurlauber zu bleiben. Die Frage, ob die erwandten Kosten zu ertragen seien, müsse bejaht, die Lasten hätten eben getragen werden.

Der Reichskanzler erklärt, die deutschen Wehrkräfte seien, wenn die verlangten Verstärkungen bewilligt würden, für den Offensivkrieg ausreichend. Die zweijährige Dienstzeit sei allerdings ein Experiment, allein jeder Fortschritt sei ein Experiment. Wenn die Regierung eine Garantie dafür gehabt hätte, die Vermehrung der Streitkräfte mit der dreijährigen Dienstzeit durchzuführen, würde sie dies vorgezogen haben, allein sie habe in dieser Richtung nicht einmal bei allen Parteigenossen des Herrn v. Hammerstein Unterstützung gefunden. Dem Wunsch des Vorkredners, Auskunft darüber zu geben, wie die hohen Offiziere sich zu der Vorlage gestellt hätten, könne er nicht entsprechen, jedoch könne er versichern, daß es heute noch Grundsatz in der preussischen Armee sei, daß „Politikern und Kasinieren“ aus derselben ferngehalten.

Hg. Hinge (Str.) bedauert, daß der Reichskanzler in bezug auf die gesetzliche Festlegung der Dienstzeit jedes Entgegenkommen abgelehnt habe; hoffentlich werde sich dieser schroffe Standpunkt im Laufe der Verhandlungen „noch etwas abmildern“. An der Hand eines Artikels der Pariser „Avenir militaire“ sucht er nachzuweisen, daß die Aushebungsziffern in Frankreich erheblich hinter der erwarteten Stärke zurückblieben, welches Verhältnis von Jahr zu Jahr mehr hervortreten werde. Des Weiteren seien im verfloßenen Jahre in Deutschland mehr Knaben geboren worden, als in Frankreich Knaben und Mädchen zusammen. Das genannte französische Militärjournal gebe deshalb den Rath, Frankreich möge sich allmählig an den Gedanken gewöhnen, daß es infolge der Bevölkerungsveränderung mit den deutschen Militärförtern nicht mehr Schritt halten könne. Bezüglich der russischen Ziffern kommt er zu demselben Resultat wie der Hg. Richter, nämlich daß dieselben um ca. 800 000 Mann niedriger seien als die von der Militärverwaltung kürzlich angegebenen. Einverstanden erklärt er sich mit dem Reichskanzler, daß Deutschland nur im strategischen Offensivkrieg siegreich sein könne, und dazu sei allerdings eine möglichst große Truppenzahl nötig. Der tatsächliche Wert der Kavallerie sei zwar nicht gering, aber das Gegenteil —, wohl aber der strategische. — Er läßt dann die verschiedenen Zahlen Revue passieren, welche die Parteien nach den Reueparungen ihrer bisherigen Redner zur Vermehrung für genügend halten; das deutschfreimüthige Angebot betrage 28 000 Mann. Jedoch seien alle Zahlen nur rein mechanisch gegriffen, die Hauptsache sei die Quote der inneren Kraft unserer Reserven. Bis jetzt habe man nach den geltenden Tauglichkeitsbegriffen alljährlich ca. 20 000 Ueberzählige, die ohne Weiteres zum aktiven Dienst eingestellt werden könnten und sollten, wenn die allgemeine Dienstpflicht wirklich durchgeführt werden soll. Bei einer Derabsetzung des Mindestmaßes um 3 cm, wogegen er auch nichts einzuwenden habe, würden weitere 8000 Mann eingestellt werden können. Einer Einstellung der „nur bedingt Tauglichen“, welche die Regierung beabsichtige, könne er dagegen nicht zustimmen. Schon seit mehr als 10 Jahren nehme die Ziffer der Einstellungen untauglicher zu; trotzdem habe die Zahl der „Ausgemusterten“ (d. h. der gänzlich unbrauchbaren) trotz Vermehrung der Bevölkerung und der Industrie-Arbeiter, ganz erheblich abgenommen; es seien also schon sorgfältig Leute, die man früher für gänzlich unbrauchbar hielt, eingereicht worden. Dies seien schwere Bedenken gegen die von der Regierung verlangte hohe Zahl. — Er für seine Person bezeuge, daß auch er, wie Herr v. Bennigsen, kein Freund eines Konflikts sei, auch in seiner Partei bestehe keine Neigung zu einem solchen, aber bei einem Parteeinstehen der Regierung an ihren Forderungen, wenn sie gar nichts nachlassen wolle, sehe er keine Möglichkeit, einem Konflikt aus dem Wege zu gehen.

General v. Goltz sucht diverse von Hinge vorgebrachte Ziffern zu berichtigen, insbesondere die russischen Zahlen und die statistischen Angaben über die Ehegeschlechten und Geburten in Frankreich. Er giebt zu, daß man zweifelhaft sein könne, ob das bisherige Rekrutierungssystem in Deutschland richtig gewesen sei, um hier abzuheilen, habe man ja das Geschlecht die anderweitige Ertragsverteilung eingebracht. Die weiteren Einwürfe Hinge's würden sich in der Spezialdiskussion „auflösen“.

Schluß 1/11 Uhr. Nächste Sitzung am Montag, den 23. Januar. In derselben hofft man endlich mit der Generaldiskussion fertig zu werden.

In der Budgetkommission fand heute die Fortsetzung der Beratung über den Postetat statt. Es wurde dabei besonders auf die in der vorigen Sitzung von dem Hg. Singer vorgebrachten Maßregelungen der Mitglieder des Vereins der Postassistenten Bezug genommen. Von Seiten der Regierungsvertreter, General-Postmeister v. Stephan und Direkt. Scheinmuth Direktor Dr. Fischer, mußte zunächst zugegeben werden, daß die Statuten des Vereins der Assistenten nichts enthielten, was Anstoß erregen könnte. Aber die Wirkung dieses Vereins sei in der Praxis die, daß die Disziplin durch denselben gelockert werde. Dies zu verhindern sei aber Aufgabe der vorgelegten Behörde, und dies müßte im Interesse der Postverwaltung verhindert werden. Uebrigens sei nur ein einziger Beamter strafverurteilt worden; alle übrigen Verurteilungen seien nur erfolgt im persönlichen Interesse der Beamten selbst und zwar zu dem Behufe, um die Leute auf einen — höheren Posten zu bringen. Als freiwillige Regierungsvertreter traten besonders der Graf von Behr und der frühere Postschaffner Herr von Keudell für die Postverwaltung ein. Der letztere Herr stellte dabei den Satz auf, daß der Staatsbeamte mit der Uebernahme des Amtes freiwillig auf eine Reihe staatsbürgerlicher Rechte verzichte und zwar gerade dazu auch das Recht, durch das Mittel der Koalition seine Interessen gegenüber der Staatsverwaltung zu vertreten. Besonders sah Herr von Keudell eine recht bedenkliche Erscheinung in der Herausgabe eines eigenen Organs für die Postassistenten. Als Beweis für seine Argumentation verwies der Herr darauf, daß man es ja auch nicht dulden würde, wenn die Unteroffiziere einen Verein zur Wahrung ihrer Interessen gründen würden. Die beste Lösung nach Keudell wäre es, wenn man von Hause aus den Verein der Assistenten verboten hätte. — Diesen mehr vorläufigen Anschauungen traten auf das entschiedenste die Herren Hinge (Freisinn), Wedder und Sperling vom Zentrum entgegen, letztere beiden besonders unter Betonung ihrer Eigenschaft als Staatsbeamte, als welche sie nicht geneigt sind, auch nur auf ein einziges Staatsbürgerrecht zu verzichten und sich als Bürger zweiter Klasse behandeln zu lassen. Mehrfach wurde bedauert, daß Singer verhindert sei, der Verhandlung beizuwohnen. (Singer war als Referent in der Arbeitslosen-Versammlung in den Konfordia-Tälern abwesend. D. R.) Weiter entschuldigte die Abwesenheit Singer's, und verwies im übrigen auf die bekannten, in der Presse und auch in der Kommission veröffentlichten Erlasse, welche deren Authentizität voranzusetzt, genügt und Anlaß böden, diese Frage in der Kommission zu erörtern und so besonders den Regierungsvertretern Gelegenheit zu einer nachvollziehenden Reueparung zu geben. — Die Kommission bewilligte hierauf 30 Raten bereits früher bewilligter Bauten von Postgebäuden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 19. Januar. **Spernhaus.** Die Walläre. **Schauspielhaus.** Das Stützungsfest. **Leistung-Theater.** Baumeister Solner. **Wallner-Theater.** Die Großstadt. **Berliner Theater.** Schlimme Saat. **Deutsches Theater.** Zwei glückliche Tage. **Kroll's Theater.** Silvana. **Viktoria-Theater.** Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. **Residenz-Theater.** Familie Pont-Biquet. **Neues Theater.** Die Lore. Die kleine Marquise. **Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.** Fürstin Ninetta. **Adolph Ernst-Theater.** Modernes Babylon. **Thomas-Theater.** Die Gigerin von Wien. **National-Theater.** Hamlet, Prinz von Dänemark. **Alexanderplatz - Theater.** Der Teufel, oder: Die Blinde von Paris. **Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. **Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung. **Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung. **Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung. **Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 20. Male:
Modernes Babylon.
Gesangsspiel in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Complet's theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Novität! Novität!
Der Dussel
(Nulpuo)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Memm-Edo... Martin Bondix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner.
Unhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.



Passage-Panopticum.
Neu!

Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.

Tai-za-Wunder.
Geheimnisvollste Seelenwanderung.
Lotosblume.
Fantoche-Theater.
Andere Illusionen.
Sämtlich ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Moritz-Platz.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von **Vahrenhoffer Lagerbier**, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstr. 32,
neben dem Thomas-Theater.
Empfehle meine elegant ausgestatteten **Säle**, elektrisch beleuchtet, Theaterbühne etc. zur Abhaltung jeder Art Festlichkeit unter kulantesten Bedingungen.
G. Schmiedel Wwe.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Donnerstag, den 19. Januar 1893,
Abends 7 1/4 Uhr:
Außerordentliche Vorstellung.
Auftreten der sämtlichen Künstler-Spezialitäten 1. Ranges. Vorführen und Reiten der bestbesetzten Freiheits- und Schulperde, u. A.: **Mr. James Mills** mit dem Schulperde **Gorminal**. Zum Schluss:
Ein Künstlerfest.

Gr. Ausstattung - Pantomime vom Hofballetmeister **A. Siema**. Mit überrasch. Licht- u. Wassereffekten auf das Glänzendste in Szene gesetzt vom Direktor **Fr. Renz**. **Grosser Blumen-Corso**. Ballet v. 100 Damen. Morgen, Freitag: Große Vorstellung mit neuem Programm und Ein Künstlerfest. Sonntag: 2 gr. Fest-Vorstellungen um 4 Uhr (1 Kind frei) und um 7 1/2 Uhr. **Fr. Renz, Direktor.**

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
mit großem Programm.
Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr. Kassenöffnung 1 Std. vorher.
Entree 50 Pf.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
der equilibrist. Kaminfeger. Produktion auf d. freistehenden Leiter.
The Raatwoods, Mephisto.
3 Schwest. Borotti, preisgef. Kunst-Nachfahrerinnen.
Rappo-Jenny, Soubrette und Equilibrist.
Mlle. Bellona, vorzogl. Instrumentalistin.
Barnum, mit seinen wunderbar dress. Riesen-Doggen.
The Lees, unbewachte Momente zweier Negerflaven.
Theod. Zierath, als Original-Pannemann.
Lily Mellini, Bildhäßliche Soubrette.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Avis! Mittwoch, 25. d. Mt.: Erstes gr. Masken-Kostüm-Fest.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79,
Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger.
Kinder 10 Pf.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Regelsbahnen.
F. Sadtke.
Cigarrengeschäft 157b für den Inventarpreis zu verkaufen Reichenbergerstr. 174, Desillusion.

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Berlin SW., Genthstraße 2.

Sozialpolitisches Handbuch.

Von **Dr. H. Lux-Magdeburg.**
Groß Oktav, XX und 386 Seiten mit einer Tabelle: Vergleichende Zusammenstellung der Arbeiterzusch.-Bestimmungen in den einzelnen Ländern.
Preis: broschirt 1,50 M., in Lederband geb. 2 M.
Zuch in 5 Lieferungen à 30 Pfennig.
Einbanddecken 20 Pfennig. 400/5

Mit dem „Sozialpolitischen Handbuch“ hat der Verfasser, unterstützt von hervorragenden Mitarbeitern, ein gedrängtes Kompendium geschaffen, das für unsere Genossen, die sich der Agitation widmen und dem Gegner gegenüber immer schlagfertig sein müssen, ein willkommenes Hilfsmittel sein wird. Das Tatsachen- und Zahlenmaterial aus unserer Parteiliteratur, die bei ihrem steten Wachstum geistig durchzuarbeiten immer schwieriger wird, findet sich in demselben in praktischer Weise zusammengestellt, so daß Fragen über unsere Bewegung, ihre treibenden Kräfte und ihre wirtschaftlichen und politischen Widerstandsmomente leicht nachgeschlagen werden können. Nicht zuletzt werden auch unsere Redaktionen, sowie alle an der geistigen Herstellung unserer Presseerzeugnisse Thätigen ein geeignetes Nachschlagewerk mit obigem Werke erhalten.
Allen Genossen, denen die Verbreitung unserer Ideen am Herzen liegt, empfehlen wir dies Buch zur Selbstanschaffung als auch zum Vertrieb. Jede Vereinsbibliothek, jeder Lesekreis und schließlich der private Bücherbesitzer jedes Arbeiters muß dasselbe enthalten.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Buchhandlungen, Kolportage- und Zeitungsdepotäre nehmen Bestellungen entgegen. — Bei Aufträgen von außerhalb erfuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Todesanzeige.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied **Ernst Goris**, Prenzlauerstr. 19, gestorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, den 20. Januar, Nachmittags 2 Uhr, von dem Krankenhause Moabit aus statt. Um rege Betheiligung bittet **Der Vorstand.**

Todesanzeige.

Allen Bekannten und Genossen hiermit die traurige Mittheilung, daß mein lieber Mann, unser Vater, der Maurer **Ernst Goris** am Montag, Abends 10 1/4 Uhr, im Alter von 53 Jahren, verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, den 20. Januar, Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses Moabit (Birkenstraße) aus nach dem Georgenkirchhof in Weissenhof statt. Um stilles Beileid bitten **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Sterbekasse von Arbeitern der Berliner Maschinenbau-Actien-Gesellschaft.

Sonntag, den 29. Januar 1893, Vormittags 9 1/2 Uhr:

Generalversammlung

im Lokale des Herrn **Stümke**, Ackerstraße 123.
Tages-Ordnung:
1. Halbjähriger Kassenbericht.
2. Verschiedenes.
Das Quittungsbuch legitimirt. Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**
J. A.: Aug. Aeko, Vorsitzender, 958b Müllerstr. 184, 2 Tr.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands.

„Grundstein zur Einigkeit.“
Örtliche Verwaltungsstelle Berlin.

Mitglieder-Versammlung

in Brochnow's Salon (früher Orschel), Sebastianstraße Nr. 39.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kassiers vom 4. Quartal 1892. 255/2
2. Bericht der Revisoren.
3. Erwahl eines zweiten Kassiers.
4. Innere Kassenangelegenheiten.
5. Etwaige Beschwerden gegen die örtliche Verwaltung.
NB. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß das Kassenlokal wegen der Versammlung an diesem Sonntag geschlossen ist.
Die örtliche Versammlung.
Homöopathische Klinik, Brunnenstraße 40, Spr. 11-12, 4-5, Stg. 9-10.

Achtung! Achtung!

Heute, Donnerstag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
Gr. Volksversammlung
im „Eiskeller“, Chausseestraße 88.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Frau **Jethin** über: Die Frau des Proletariats und der Militarismus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten Zellerfassung. **Frauen** sind besonders eingeladen.
Der zweite Vortrag der Frau **Jethin** findet am Montag in der **Unions-Brauerei, Hasenhaid 22-31**, statt.
156/5 **Die Frauen-Agitationskommission.**

Große öffentl. Brauer-Versammlung

im großen Saal der **Arminhallen**, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Die Nothstands-Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion vor dem Reichstag. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Schwarz**.
2. Brauer-Krankenkasse: Berichterstattung der dazu gewählten Kommission.
3. Berichterstattung der Gewerkschafts-Kommission über ihre jährige Thätigkeit, Niederlegung ihres Mandats und Arbeitsnachweis-Verhältnisse.
4. Abrechnung der Marken für die Gewerbegerichts-Wahlen und der Sammellisten freitender Korbmacher.
5. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen bittet um recht zahlreichen Besuch **Der Einberufer.**
960b

Krankenkasse der Gutmacher-Gesellen in Berlin (G. S. Nr. 67).

Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Feind**, Weinstraße Nr. 11:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Wahl des Ausschusses und der Kranken-Kontrollen. 4. Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen bittet **Der Vorstand.** O. Tschoppe, Fischerstraße 8. 955b

Achtung, Rixdorf!

Freitag, den 20. Januar 1893, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn **Niesegk**, Servatr. 129:

Gr. öffentl. Versammlung arbeitsloser Frauen und Männer.

Tages-Ordnung:
1. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Nothstands-Interpellation vor dem Deutschen Reichstage. Referent: Reichstags-Abgeordneter **J. Schmidt-Mittweida**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Alle arbeitslosen Frauen und Männer sämtlicher Branchen sind hierzu ausdrücklich eingeladen.
Der Vertrauensmann. Robert Köppen. 840/11

Achtung! Achtung!

Sonntag, den 22. Januar 1893, im „Eiskeller“, Chausseestr. 88:
Gedächtnissfeier
für die drei in der Nacht vom 22.—23. Januar 1887 verunglückten Genossen,
veranstaltet vom **6. Berliner Reichstags-Wahlkreis**, bestehend in 853/4

Festrede des Genossen W. Liebknecht, Concert u. Gesang.

Anfang Nachmittags 4 Uhr. Programm 15 Pf.
Um zahlreichen Besuch bitten **Die Vertrauenspersonen.**

Verband der Geschäftsdienere, Pader und Berufsgeossen.

Sonnabend, den 21. Januar:
Grosser Wiener Masken-Ball
in den Gesammtsälen der **Concordia-Festsäle**, Krautstr. 38. **Andreastr. 64.**

Großer historischer Festzug.

Interessant! Bilder aus dem 19. Jahrhundert, Interessant! ausgeführt vom Verein für volkstümliche Kunst. 170/6
ausgeführt von der „Freien Vereinigung der Zivil-Vernehmlicher.“
Anfang 9 Uhr. Einlasskarte 50 Pfennig.
Einlassarten sind in den bekannten Stellen und im Bureau des Verbandes, C., Neue Grünstr. 10 I, Fernsprech-Amt 1 810, zu haben.

Achtung! Achtung!

Verband der im Bergolder-Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zentrale Berlin.)
Sonnabend, den 21. Januar, in **Nieft's Ballhaus**, Weberstr. 17:

III. Stiftungsfest.

Grosses Vokal- und Instrumental-Concert.
Billets sind zu haben bei Frau **Leonhardt**, Neue Königstr. 92; Herrn **Hugo Otto**, Reichenbergerstr. 74; **Alb. Ehlen**, Straßburgerstr. 69. Billets, welche nicht ungekehrt sind, bittet man mitzubringen. 855
Das Vergnügungs-Komitee.

Extra-Nummer

zum „Volksblatt der Kreise Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Oberbarnim, Niederbarnim, Schwedt, Prenzlau-Angermünde.“
Vorbestellungen werden bis spätestens zum 25. Januar Berlin, Beuthstraße 2, Hof rechts, entgegengenommen. 958b
Verkaufspreis 10 Pfennig. **Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**
Annoncenpreis für die fünfgespaltene Petitzeile 30 Pfennig. Auflage etwa 20 000.

Unserm Freund und Genossen **Richard Röher** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß bei Ferdinand die Bratheringe schwimmen. 954b
Richard merkt Du nicht?
Sinderwagen Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. Sp.**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 18. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bötticher.

Der Abg. Hilpert (2. Oberpfalz) ist am 15. d. M. in seiner Heimath nach langem Leiden verstorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung stehen die Anträge Adernann und Genossen, wonach der Reichskanzler um die Vorlegung einer Reihe von Gesetzentwürfen ersucht wird, die sämmtlich einen erhöhten Schutz des Handwerks erstreben. In derselben Richtung hat die Zentrumspartei (Abgg. Hintelen, Gröber, Dize, Spahn, Rehner) drei Gesetzentwürfe eingebracht, welche die Abänderung der Konturordnung, die Abänderung der Gewerbe-Ordnung und die Abänderung des Genossenschaftsgesetzes bezwecken.

Zur Debatte werden zunächst von den acht Forderungen des Antrags Adernann diejenigen gestellt, welche von den Gesetzentwürfen des Zentrums nicht berührt werden. Es sind dies 3 Punkte; sie fordern die Vorlegung von Gesetzen, durch welche

1. die Erlaubnis zur selbständigen Betreibung eines Handwerks unter vollständiger Zusammenlegung verwandter Gewerbe von dem vorausgegangenen Nachweis der Befähigung abhängig gemacht wird, 2. der § 100 a der Gewerbe-Ordnung dahin abgeändert wird, daß die in derselben den Innungen in Aussicht gestellten Vorrechte auch gegen die Arbeitgeber, welche selbst zur Aufnahme in die Innungen nicht befähigt sind, geltend gemacht werden können, 3. bestimmt wird, daß die Vorrechte aus §§ 100 a und 100 f beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen einer Innung dann gewährt werden müssen, wenn sie die Mehrheit der selbständigen Handwerker ihres Bezirks in sich vereinigt.

Abg. Adernann legt in längerer Ausführung Namens der Antragsteller dar, daß diese Forderungen von den konservativen Freunden des Handwerks schon seit 20 Jahren erhoben und ausdauernd verfolgt wurden, daß es trotz der ablehnenden Haltung des Bundesrats sehr erfreulich sein würde, wenn der Reichstag sich wiederum unzweideutig für den Befähigungsnachweis ausspräche und sich auch auf den Standpunkt der Forderung 5 und 6 stellte, deren Erfüllung längst von allen einsichtigen Freunden des Handwerks als unumgänglich erlangt ist.

Abg. Stolle (Soz.): „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Was hat der Befähigungsnachweis denn in Oesterreich genützt? Versunderlicherweise hat Herr Adernann heute nicht, wie noch vor wenigen Jahren, das Lob der Verhältnisse in Oesterreich gefungen. Und allerdings sind da ganz wertwürdige Erfahrungen gemacht worden. Man braucht nur die Berichte der dortigen Fabrikinspektoren anzusehen. Die Fabrikinspektoren haben ja dort ein viel größeres Wirkungsgebiet und größeren Einfluß, da ihnen auch das Handwerk und die Hausindustrie untersteht. Aber diese Fabrikinspektoren-Berichte stimmen fast alle darin überein, daß die Ausbildung der Lehrlinge durch die Meister eine höchst mangelhafte ist und daß es als Ausnahme erscheint, wenn ein Lehrherr seinen Verpflichtungen gegen die Lehrlinge nachkommt. In Sachsen hat sich ganz dasselbe Verhältnis herausgestellt bezüglich des Besuches der Fortbildungsschulen. Die Meister lassen einfach die Lehrlinge gar nicht in diese Schulen gehen; in Allenstein in Ostpreußen hat sogar eine öffentliche Volksversammlung stattgefunden, welche Front gegen die Fortbildungsschulen überhaupt macht. Nun will Herr Adernann alle die Klippen, welche die österreichische Konstruktion des Befähigungsnachweises gebracht hat, dadurch vermeiden, daß er verwandte Gewerbe ganz zusammenlegt; sein Ziel, die Pflanzarbeit zu befechtigen, liegt ihm so hoch, daß er in diese Konzeption gewilligt hat. Aber erreicht wird damit doch nichts. Wie soll auf dem Lande die Grenze zwischen Schlossern und Schmieden gezogen werden? Wie will ferner Herr Adernann das Handwerk von der Hausindustrie geschlecht unterscheiden? Wenn einmal Handwerkerinnungen kommen werden, wird dieser Unterschied doch auch ganz besonders ins Auge gefaßt werden müssen. Herr Adernann behauptet immer, die Sozialdemokraten seien Feinde oder Gegner des Handwerks. Er kann dies nicht beweisen. Wir sind eben solche Freunde des Handwerks wie er; ich weise seinen Vorwurf in dieser Beziehung entschieden zurück. Wir sehen aber ein, daß den Handwerkern mit diesen Mitteln nicht zu helfen ist, sie sind für uns einfache Arbeiter, und die Zeit ist nicht mehr fern, wo auch alle Handwerker sich uns zu- sich von ihnen abwenden werden. Für kurze Zeit möchten Ihnen vielleicht einige zufallen, aber lange wird die Herrlichkeit nicht dauern. Schon vor mehreren Jahren hat Herr von Helldorff ausgesprochen, daß auch das Alibi-Mittel der Zwangsinnungen nicht auf die Dauer vorhalten werde. Die verlangte Ausdehnung der Privilegien der Innungsmeister in bezug auf das Halten von Lehrlingen können wir nur mit dem Ausrufe begrüßen: Wehe unseren Lehrlingen! Wir werden gegen diese Anträge Adernann ebenso, wie gegen die sämmtlichen Anträge des Zentrums stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Meyner (3.): Wir sind es ja gewöhnt, daß die Sozialdemokraten den Bestrebungen der Innungen feindselig gegenüberstehen. Sie stellen diese Bestrebungen als diffinit von Dummheit und Bosheit und die Innungsmeister als Ausbeuter der Lehrlinge, als Dummköpfe und Unfähige hin. Wir werden uns dadurch nicht irre machen lassen. Der Mittelstand und das Handwerk muß erhalten werden im Interesse der Erhaltung des Reichs, als Gegengewicht gegen die umhertreibenden Bestrebungen von unten. In diesem Zwecke muß das Handwerk den Befähigungsnachweis erhalten. Wenn das Handwerk zu Grunde getragen wird, wird die Regierung der Hauptleidtragende sein. Die beiden anderen Forderungen des Antrags Adernann werden erst Werth bekommen, wenn das versprochene Gesetz wegen Organisation des Handwerks an uns gelangen wird. Hoffentlich erlebe ich das noch.

Abg. Schrader (Ofr.): Früher haben die Antragsteller den Befähigungsnachweis ganz konsequent für jedes einzelne Gewerbe gefordert; nach und nach sind sie, erst verstockt, heute ganz offen, dazu übergegangen, die verwandten Gewerbe zusammenzulügen. Was ist denn damit gewonnen? Friseur und Barbier sind solche verwandte Gewerbe. Werden die Antragsteller sich von einem Friseur, der nicht Barbier ist, barbieren lassen? (Heiterkeit.) Mit diesem Ausweg werden doch auch die Schwierigkeiten, welche sich namentlich auf dem Lande aus dem Befähigungsnachweis ergeben müssen, keineswegs beseitigt, vielmehr gesteigert. Die Zusammenlegung soll auch Sache des Bundesrats sein, der bekanntlich in geheimer Sitzung verhandelt und heute so, über 3 Jahr anders entscheiden kann, ohne daß über die Gründe die betreffenden Gewerbe und Handwerker etwas erfahren. Es wird immer so dargestellt, als ob alle Handwerker gleichmäßig den Befähigungsnachweis notwendig haben und als ob alle diejenigen, die durch die Prüfung gekommen sind, auch das Ziel des Handwerks erreicht hätten. Muß man 6 Jahre Lehrling und Geselle sein, um Schwarz- oder Weißbrot backen zu können? Auf dem Lande backen die Frauen fast alle durchweg ohne Befähigungsnachweis selbständig Brot und welche Schwierigkeit hat sich denn daraus ergeben? Wollen Sie erreichen, was Sie erstreben, dann müssen Sie einen Schritt weiter gehen, die Grenze

für die Ausdehnung des Gewerbes, die Maximalzahlen der Gesellen u. s. w. vorschreiben. Das wollen Sie aber nicht, weil Sie es nicht können, weil die Entwicklung über diese Schranken hinweg geht. Es werden kaum ein, zwei Jahre vergehen und der Dank, den Sie in Handwerkerkreisen hin und wieder noch finden, wird in sein getrübes Gegenteil umgeschlagen sein, da Sie nicht erfüllen können, was sie versprochen haben und mehr als dieses nicht versprechen können. Handwerkerinnungen werden weder viel nützen, noch viel schaden, sie werden aber auch nicht das Kunststück fertig bringen, das Handwerk wieder mitten in das Mittelalter zu versetzen. Ebenso wenig werden die Anträge auf Ausdehnung der Privilegien der §§ 100 a und 100 f von großer Bedeutung sein. Wir werden jedenfalls den Herren aus dem von Ihnen angerathenen Wege nicht folgen und wir glauben es noch zu erleben, daß die Herren Adernann und Dize auf unserem Wege angetroffen werden. (Beifall links.)

Abg. v. Dziedowicki-Poniaw (Pole) erklärt sich Namens der Polen für den Antrag Adernann, den sie früher aus politischen Gründen bekämpft hätten, aber heute annehmen, da es sich ja noch nicht um einen formalisirten Gesetzentwurf handle. Liege dieser vor, dann würden die Polen durch Anträge zu demselben ihm die Form zu geben suchen, welche ihnen die definitive Annahme ermöglicht.

Abg. Dize (3.) dankt zunächst den Polen für diese Wendung zu Gunsten des Antrags. Die Herren Sozialdemokraten und die Herren vom Freisinn hätten die Anträge kritisiert, aber positive anderweitige Vorschläge nicht gemacht. Die Freisinnigen verweisen immer auf die Schulbildung; damit allein wäre nichts anzufangen. Die Sozialdemokraten erklärten einfach, der Mittelstand, das Handwerk müsse zerrieben werden. Zu hoffen sei, daß die Regierung, wenn sie auch die Vorschläge des Reichstages bezüglich des Befähigungsnachweises ablehne, doch die Grundgedanken derselben akzeptire, und zwar sei diese Hoffnung daraus zu schöpfen, daß die Regierung für den Bergbau in Preußen selbst in diesen Tagen einen Befähigungsnachweis eingeführt habe. Man motivire dieses Vorgehen mit der Nothwendigkeit der Sicherung des Betriebes und der Bedienung des besondern Standesbewußtseins beim Bergmann. Diese beiden Motive können aber mit gleicher Kraft für den Befähigungsnachweis in jedem Handwerk geltend gemacht werden. Wenn gar im Bergbau eine acht- bis neunjährige Vorbildung vorgesehen, bis der Lehrling zum Volkshauer wird, so deckt sich das vollständig mit unseren Forderungen auf dem Gebiete des Befähigungsnachweises. Die Erfahrungen, welche die Regierung auf dem Gebiete des fälligen Bergbaues hiermit machen wird, werden sie hoffentlich unseren Wünschen geneigter machen. Was die Forderung betrifft, daß den Innungen gewisse Vorrechte bezüglich ihrer Disziplinargewalt gewährt werden müssen, wenn sie die Majorität der Meister besitzen, so herrscht doch das Majoritätsprinzip in der ganzen Welt; warum soll es hier allein unbedeutend sein?

Abg. Dirsch (Ofr.): Wann hat denn Herr Dize, ein Geistlicher, das Examen als Sozialpolitiker abgelegt? Niemand. Eine bessere Beweisführung für die Ueberflüssigkeit des Befähigungsnachweises giebt es nicht. Der jetzige Kultusminister in Preußen, Herr Bosse, hat einmal eine Rede gehalten über die Mängel des Studiums der Juristen, welche großes Aufsehen erregte und allgemeine Billigung fand. Herr Bosse tabelte, daß die Juristen nicht mehr ordentlich arbeiteten, nur mit Ach und Krach durchs Examen zu gelangen suchten und nachher durch Schneidigkeit im Amte die mangelnden Kenntnisse zu ersetzen trachteten. Ist dies auch ein Beweis gegen den Antrag des Befähigungsnachweises? Wenn man die wirklichen Verhältnisse des Lebens betrachtet, muß man darüber staunen, wie diese Forderung des Befähigungsnachweises immer noch so viel Anhang findet und noch immer ernsthaft erhoben wird. Steht denn Deutschland allein in der Welt? Wo hat man aber sonst je erfahren, daß dieses Postulat erhoben wird? In England, Frankreich, Belgien denkt doch niemand an diese reaktionären Dinge, und das Handwerk blüht dort überall. Es müssen sich also diejenigen, die in Deutschland diese Forderung erheben, notwendig auf Irrwegen befinden. Beim Bergbau spielt doch wirklich die Sicherheit des Lebens nicht bloß des einzelnen Arbeiters, sondern der gesammten Belegschaft eine ganz außerordentliche Rolle. Ist denn das etwa beim Schuhmacher, beim Schneider, beim Tischler oder bei der Fall? Nein, hier handelt es sich einfach um die Beschneidung oder völlige Abwehr der Konkurrenz, es handelt sich einfach um das Gesehtheil des Gemeindefortschrittes, um den schändlichsten Egoismus.

Abg. von Gotha (Soz.): Das Schornsteinfeger-Gewerbe hat Herr Meyner als Beweis für die Nothwendigkeit des Befähigungsnachweises nicht angeführt. Dafür werden die Schuhmacher ins Gesetzt geführt. Ich selbst bin als Schuhmachergeselle fünfzig losgesprochen worden; solcher Schuhmacher giebt es heute nur noch sehr wenige. Ich muß aber erklären, daß der Fortschritt der Maschinentechnik auch in diesem Gewerbe geradezu staunenswerth ist; erst neuerdings habe ich die Doppelstichmaschine besichtigt, die auch die komplizirtesten Schuhmacherarbeiten so vollendet und vorzüglich liefert, wie es Menschenhand gar nicht mehr vermag. Ich wünsche persönlich nichts sehnlicher, als daß der Befähigungsnachweis eingeführt würde, dann würden die Handwerker und Künstler sehen, daß ihnen der Befähigungsnachweis und der ganze Innungsstrom auch nicht die Probe nützen. (Zustimmung links.) Auf dem Schuhmacher-Innungstage in Berlin vor 2 Jahren hat ein Meister ganz direkt vor der Ueberführung des Befähigungsnachweises gewarnt. Man erklärt diesen Nachweis für notwendig nicht bloß beim Bergbau, sondern beim gesammten Bauergewerbe, wegen der Gefahren für Sicherheit und Leben der Bewohner. Da müßte aber doch eine kleine statistische Feststellung vorausgehen. Man müßte ermitteln, wie viele der eingestürzten Häuser von Innungsmeistern, wie viele von anderen Unternehmern erbaut worden sind. (Sehr richtig! links.) Die Wiedereinführung des Befähigungsnachweises würde vor Allem das alte Lottergewerbe, die alte Bettnerwirtschaft in den Innungen wiedererwecken, die das Handwerk ruiniert haben. Man hat damals Meister mit dem Zeugniß versehen, welche mit Behelfsarbeiten, die sie nicht geübt hatten, zur Prüfung gingen. (Hört, hört! links.) Ebenso schlimm wird es dann wieder mit der Lehrlingsgütereit werden. Ich kenne Schlossermeister, die mit sechs oder acht Lehrlingen ohne einen Gesellen arbeiten. Sowie ein Lehrling ausgebildet hat, wird er entlassen, und an seine Stelle tritt ein neuer Lehrling. Genau dasselbe trübe Bild ergeben die neuesten statistischen Aufnahmen über das Bäckergewerbe. Die Herren Adernann und Genossen hüten sich ja heute auch, Anträge in der Richtung zu stellen, daß die Zahl der Lehrlinge beschränkt wird. Früher ist dies noch von Ihrer Seite geschehen. Die Handwerker wenden sich immer mehr ab von den Prophezeien, die zu den Konservativen und zum Zentrum gehören. Es ist nur ein kleiner Theil, der in Herrn Adernann noch den „Geist des Handwerks“ sieht. (Heiterkeit.) Die Grundursache der jetzigen Lage des Handwerks ist die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, gegen welche wir alle machtlos sind. Uns aber muß die Erbschaft einmal in der Schoß fallen. Die Maschine liefert schon Schuhe zum Selbstkostenpreise von 1,25 M., die Handarbeit kostet mindestens das Dreifache. Wer also endlich in diesem Konkurrenzkampf siegen wird, ist gornicht im mindesten zweifelhaft. In sämmtlichen Militärwerkstätten wird nur noch mit Maschinen durchgenäht und genagelt; die Eleganz kann in der That nur noch durch die Maschine erreicht werden. Die

Anträge werden dem Handwerk nicht helfen; das Schicksal des Handwerks ist besiegelt.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag bezüglich des Befähigungsnachweises wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei, der Freisinnigen und der Nationalliberalen, denen sich der deutschkonservative Prinz Handberg und die Reichsparteiler Graf Behr, von Hellmann und Lucius anschließen, angenommen. Für die beiden anderen Anträge stimmt mit der Majorität auch der Abg. von Hellmann.

Darauf wird die Sitzung abgebrochen.
Schluß gegen 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Börsesteuer-Gesetz.

Abgeordnetenhand.

17. Sitzung vom 18. Januar 1893, 11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel, Thelen.

Die erste Berathung des Staatshaushalts-Etats für 1893/94 wird fortgesetzt.

Abg. v. Jedlich (Freil.): Die schwierige Lage unserer Finanzen ist daraus entstanden, daß die schwankenden Einnahmen der Eisenbahnverwaltung den Vorwand gegeben haben zur Uebernahme dauernder Lasten und zum Verzicht auf sichere Einnahmen. Wenn Herr Lieber gefragt hat, ob die Begeisterung für die Militärvorlage ebenso groß sein würde, wenn die Kosten durch Matricularumlagen gedeckt werden sollen, so sage ich: Bei Ausgaben, die für die Vertheidigung des Vaterlandes notwendig sind, kann es sich gar nicht darum handeln, wie dieselben gedeckt werden. (Zustimmung rechts.) Mit der Verminderung der Einnahmen der Eisenbahnverwaltung geht nicht eine Verminderung der Ausgaben derselben parallel, sondern eher ist eine Steigerung der letzteren eingetreten. Deshalb sollte alles vermieden werden, was einen lugubrierten Charakter hat, aber das Nothwendige muß geschehen; denn unsere Eisenbahnverwaltung ist eine der Hauptabnehmerin unserer Industrie. Wenn sie ihren Konsum in der jetzigen Zeit erheblich einschränken wollte, würde die Krisis noch schlimmer werden. Was doch gebraucht wird, sollte man jetzt beschaffen, wo man es zu billigeren Preisen erhalten kann. Für den Bergwerksbetrieb sollen Schiedsgerichte eingerichtet werden. Die Budgetkommission sollte reichlich prüfen, ob in der Zeit der Unruhe solche Neueinrichtungen getroffen werden können, oder ob man damit bis auf bessere Zeiten warten muß. Auch die idealen Ziele dürfen nicht vernachlässigt werden. Vielleicht kann etwas geschehen für die Bildung des Volkes, ohne daß die Etatsmittel in Anspruch genommen werden. Für das Volksschulwesen sind mehr als 50 Millionen in den Etat eingestellt; es wird sich fragen, ob die Summen auch überall richtig verwendet werden, ob man nicht eine zweckmäßigere Vertheilung finden kann. Im Uebrigen müssen wir überall darauf halten, daß gespart wird, wo gespart werden kann, aber vor einer falschen Sparsamkeit müssen wir uns hüten. (Zustimmung rechts.)

Abg. von Szarinski (Pole) befürchtet, daß die schlechte Finanzlage nicht so schnell vorübergehen werde, wie der Minister annehme. Daß ein Pole zum Erzbischof ernannt werde, wozu eigentlich selbstverständlich war, daß der polnische Privat-Sprachunterricht für schweres Geld gestatet wurde, darüber wurde ein großer Skandal erhoben und gegen die Polen geht von dem in der Provinz herrschenden Chauvinismus. Der „Reichs-Anzeiger“ griff die ober-schlesische Zeitung „Kattolik“ an, weil sie angefordert hatte, dem Minister Bosse zu sagen, wie es in der Schule stehe; denn der Minister Bosse sei ein guter Mensch. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dammacher (nfl.): Herr Rieseke hat gestern unsere Finanzlage so schwarz gemalt, daß dadurch beinahe der Staatskredit gefährdet werden könnte. Er hat gefragt, wer kauft denn die Eisenbahn? Daß die kostspieligen Eisenbahnbrücken im Kriegsfalle gesprengt werden, war doch auch zur Zeit der Privatbahnen schon möglich; haben deshalb die Privatbahn-Gesellschaften ihre Aktien für werthlos gehalten? Ich glaube, daß kein Staat auf so gefunder Grundlage ruht wie Preußen. Der Schwerpunkt liegt in der Frage, wie hoch die Summe bemessen werden soll, welche aus dem Eisenbahnüberschuß für allgemeine Staatszwecke verwendet werden soll. Jetzt werden 100 Millionen Mark dazu verwendet, und der Minister würde jetzt wohl nicht unter diesen Betrag gehen, obgleich er mir auf die Dauer zu hoch erscheint. Ich schätze den Betrag, den wir für allgemeine Staatszwecke verfügbar machen können, auf 40-60 Millionen Mark. Der jetzige Leiter des Eisenbahnwesens scheint ja bestrebt zu sein, den Etat nach den Grundjahren aufzufüllen, die wir früher gewünscht haben. Es sind 2 Millionen Mark in den Etat eingestellt für den Ankauf eines Bahnhofgrundstückes in Hamburg. Ich nehme an, daß der Minister die Absicht hat, auch den Bahnhof auf die laufenden Einnahmen zu übernehmen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben auf den Etat auch einen erheblichen Einfluß, so z. B. die Kohlenpreise, auch die Bergwerkeinnahmen. Daß die wirtschaftlichen Verhältnisse aber so schlecht sind, daß liegt daran, daß die soziale Erregung unter den Arbeitern die besitzenden Klassen bedenklich macht. Dieser sozialen Erregung gegenüber ist die Aufrechterhaltung der Autorität des Staates und der Privatunternehmer von hoher Bedeutung. Die Unzufriedenheit ist in den mittleren und oberen Klassen vielleicht größer, als in den arbeitenden Klassen (sehr richtig! bei den Nationalliberalen); das ist eine Folge der neuen Steuer-gesetze. Diese Klassen mögen sie unbedeuten fühlen, aber daraus dürfen sie keinen Grund entnehmen, die Steuerpolitik zu belächeln. (Beifall.)

Abg. Nicker (Ofr.): Wir können den Enthusiasmus des Vorredners für den Finanzminister nicht theilen. Denn noch kein Minister hat den Agariern solche Konzeptionen gemacht, wie gerade Herr Miquel, der alle seine schönen Grundfälle vergessen hat. Man glaubt in ganz verschiedenen Ländern zu sein, wenn man hier und wenn man am anderen Ende der Leipziger Straße sich befindet, hier die schlechte Finanzlage und dort die Militärvorlage mit ihren großen Anforderungen. Vor einem Jahre sagte der Finanzminister hier: „Die Steuern können nicht mehr vermehrt werden.“ und im Reichstag will man ein halbhundert Millionen für Militärzwecke durch neue Steuern ausbringen. (Zuruf rechts: nothwendig!) Aber was ist nothwendig? Die Rücksichten darüber haben unter verschiedenen Kriegsministern und Reichskanzlern gewechselt. Herr von Rameke hielt andere Dinge für nothwendig als Herr von Bronsart; dann kam Werdy mit anderen Gesichtspunkten, und schließlich der neueste Kriegsminister. Vor drei Jahren sollte die damalige Militärvorlage der Abschluß sein und trotzdem kommt jetzt eine neue Vorlage. Wir haben das Vertrauen verloren, weil man 1887 den Reichstag aufgelöst hat wegen der Septennarfrage, die man nachher als eine Bagatelle behandelte. Eine Verbesserung der Eisenbahntarife, eine vernünftige Ermäßigung verlangt ich auch jetzt, und wundere mich, daß der Führer der Konservativen jetzt für eine Erhöhung der Personentarife eintritt, wo das Publikum sich nach dem Muster der anderen Staaten für eine Ermäßigung erwarnt. Die Freunde des Staatsbahnwesens klagen jetzt darüber, daß die Staatsbahnen schlimmer wirtschaften als früher die Privatbahnen. Die Vermehrung der Lotterieloose wird nicht unsere Billigung

finden; denn wir halten es nicht für berechtigt, daß der Staat den Spieltrieb des Publikums bedrängt. Auf die Frage der finanziellen Organisation des Reiches in seinem Verhalten zu Preußen will ich heute nicht ausführlich eingehen. Die Naturlieferbeiträge sollten nur ein Nothbehelf sein, aber alle Verträge, die zu erfüllen sind, sind gescheitert. Die Handelspolitik des Grafen Caprivi gefällt dem Herrn von Müllingerode nicht. Was will er denn eigentlich? Die Schutzzölle bestehen und dennoch jaumert die Landwirtschaft. Er fragt, wo die Industrie ist, welche die Handelspolitik billigt. Die meisten großen Handelskammern haben in ihren Jahresberichten sich freudig über die Handelspolitik ausgesprochen. Der russische Handelsvertrag beunruhigt Herrn v. Müllingerode sehr. Ich kann es nur bedauern, daß er die Interessen des Ostens so sehr verkennt; der Verkehr mit Rußland ist für die östlichen Provinzen eine Lebensfrage. Bei der Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises sind uns die Herren von der agrarischen Partei entgegengetreten; jetzt ist ihnen ein Licht aufgegangen, aber sie kommen mit ihrer Erkenntnis zu spät. Das ist der Fehler der Konservativen, daß sie immer ein Jahrzehnt zu spät kommen. Als die Polengesetze erlassen wurden, habe ich gesagt: der Landwirtschaft werden die Arbeiter entzogen. Damals wurden wir als Vaterlandsfeinde bekämpft; jetzt sehen Sie die Schädigung der Landwirtschaft ein. Ich hoffe, daß die Regierung durch die konservative Partei sich nicht wird abspalten lassen vom Abschluß weiterer Handelsverträge. Der Handelsvertrag mit Rußland wird dieselbe Mehrheit im Reichstage erlangen, wie die übrigen Handelsverträge. Das wäre eine Friedensbürgschaft. Es wäre besser, wenn unsere Presse etwas weniger empfindlich in bezug auf die russischen Angelegenheiten wäre; das würde zur Stärkung des Friedens beitragen. Gerade die Interessen der östlichen Provinzen verlangen einen solchen Handelsvertrag.

Finanzminister Miquel: Daß ein Branntweinsteuergesetz, welches 100 Millionen neue Steuern auslegt, unmöglich war, ohne die Garantie, daß die landwirtschaftlichen Brennereien erhalten bleiben, das ist für den Osten Preußens und für ganz Deutschland eine Lebensfrage. Bereits 1879 habe ich die Grundzüge der Steuerreform, die ich heute als Minister durchzuführen mich bewähre, direkt ausgesprochen. Ich kann also dadurch nicht ein Ugrarier geworden sein. Ich will den Ernst der finanziellen Situation nicht abschwächen, möchte aber dieselbe auch nicht allzu pessimistisch aufgefaßt sehen; deshalb muß ich den Ausführungen des Herrn Müllingerode entgegenzutreten. Die Forsten z. B. haben in 10 Jahren eine Steigerung von 90 pCt. ergeben. Wo sollen die Ueberflüsse stehen bleiben? Wir haben die Forsten aus ihren eigenen Einnahmen kultiviert und sie so ertragsfähiger gemacht. Weidlich liegt es bei der Bergwerksverwaltung. Die Eisenbahnen haben sich immer noch günstiger entwickelt, als die durch sie bedingte Entwicklung unserer Schulden. Sie haben in zehn Jahren eine Steigerung der Netto-Einnahmen um 211 Millionen ergeben, während die Schuldenverwaltung eine Steigerung nur um 196 Millionen erfahren hat. Warum soll der Staat auf die Ueberflüsse aus der Betriebsverwaltung verzichten? Trotzdem sehe ich mit Vertrauen in die Zukunft, aber wir müssen mit einem festen, klaren Plan handeln und wo wir uns selbst nicht vertrauen in der Verwaltung und hier im Hause, da müssen wir uns selbst durch Gesetze die erforderliche Schranke stellen. (Zustimmung.) Darauf wird es doch hinauskommen.

Hg. v. Gyners (nl.): Der doppelte Steuersatz bei der Branntweinsteuer war notwendig im Interesse der kleinen Brennereien; darüber schweigt aber der fortschrittliche Agitator. Die Finanzen sind doch nicht so schlecht, wenn wir 10 Mill. Mark für den Tom und 1 1/2 Mill. M. für die Ablösung der Stolgebühren bewilligen konnten; diese Ausgaben hätten doch wohl noch ein paar Jahre warten können. Der preussische Staat ist ein Großunternehmer, ein Großkaufmann, wie es sonst in der Welt keinen gibt. Wenn der mit seinen großen Betriebsverwaltungen sich nach einzelnen schlechten Jahren einrichten wollte, so wäre das sehr unrichtig. Die Arbeiterbeschäftigung ist bei uns weit vorgeschritten. Fürst Bismarck hat immer erklärt, daß sie nur bei internationalen Abmachungen durchgeführt werden könnte. Dant hat die Regierung für die große Mißde gegenüber den Arbeitern nicht gerügt, das beweisen die Vorgänge in Saarbrücken. Die fremden Regierungen haben ihre Vertreter hierher geschickt; die Vertreter waren sehr höflich, aber die anderen Staaten haben unser Beispiel nicht nachgeahmt. Welche unendliche Belästigung legt die Invalidenversicherung nicht der Industrie auf, sobald kein Gewinn mehr erzielt wird, sondern nur die Arbeiter beschäftigt werden. Wenigstens sollten die deutschen Eisenbahnverwaltungen dann auch ihren Bedarf in Deutschland decken lassen. Wenn der Eisenbahnminister jetzt die ihm gegebenen Kredite benutzte, um der Industrie Verdienst zuwenden, so würde das nicht ohne Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse bleiben. Gerade jetzt sollte der preussische Staat die Vorbereitungen machen für spätere Zeit. Sonst drängen sich nachher die Anforderungen der staatlichen Verwaltung wieder plötzlich hervor und zwingen den großen Börsenschwindel hervor, den wir schon einmal erlebt haben. Wenn hier heutzutage und frisch angefaßt wird, dann wird die trübe Stimmung im Volke verschwinden und die Sonne eines besseren Tages aufgehen.

Darauf schließt die Diskussion mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen.

Ein großer Theil des Etats wird der Budgetkommission überwiesen, welche zur Berathung des Eisenbahnetats um 7 Mitglieder verhärtet wird.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Antrag des Grafen Kanitz betreffend die Förderung der Sekundärbahnen und zweite Berathung des Etats).

Tokales.

Aufforderung. Die in den gestrigen Versammlungen der Arbeitslosen gewählten Deputierten werden aufgefordert, sich heute (Donnerstag) Nachmittags 2 Uhr zu einer Besprechung sich im Lokal von Jubel, Naunynstr. 86, einzufinden.

Die städtischen Bauwächter. Zu dem Kapitel, wie der Magistrat von Berlin seine Angestellten behandelt, erhalten wir von acht städtischen Bauwächtern folgenden Beitrag:

Dieselben erhalten 250 M. Tagelohn, von welcher Summe noch die Beiträge für Krankenkasse und Altersversorgung (monatlich 150 M.) abgehen, außerdem einen Wohnraum neben dem Baubureau angewiesen. Während das Baubureau splendid eingerichtet ist und gewöhnlich aus mehreren Räumen besteht, ist das Wächterlokal gewöhnlich nur eine Stube in denkbar primitivem Zustande. Besteht die Familie nur aus Mann und Frau, so können sie sich zur Noth damit behelfen, aber wehe! wenn Kinder da sind. Die Behörde zwingt nun zwar den Bauwächter nicht, darin zu wohnen, aber da er für alles auf dem Bau verantwortlich ist, sein Dienst immer wahr, Tag und Nacht, Sonntag und Feiertag, muß er eben nothgedrungen auf dem Bau wohnen. Wie sollte er auch bei 250 M. Tagelohn noch eine Wohnung bezahlen können; da Lebensverdienst absolut ausgeschlossen ist, er immer zur Verfügung stehen muß und gar keine freie Zeit hat. Er hat in aller Frühe aufzustehen, die Arbeiter hineinzulassen, zu zählen und zu kontrollieren, das Baubureau zu reinigen und zu heizen, in den Wintermonaten den Bürgersteig in oft sehr ausgedehnten Strecken von Schnee und Eis zu reinigen, die Kloaken im Bau zu reinigen, das Material dazu heranzutragen, Gänge für den Bau zu besorgen, Mittags 12 Uhr den Rapport nach dem

Rathhaus zu besorgen; nachdem er zurückgekehrt und in Eile gegessen, nehmen ihn die Kloaken, Holzhaufen, Besorgung des Feuerungsmaterials für den folgenden Tag und der Bauwächter, die Niederschrift des Tages-Baurapports und Notizen über den Verbrauch des Baumaterials in Anspruch. Wenn er Abends um 7 Uhr alles sorgfältig abgeleuchtet hat und den Bau schließt, ist sein Dienst nicht zu Ende, da das Abblechen auch in der Nacht zu geschehen hat. Das alles bei achtstündiger Kündigungsfrist, wovon seitens des Vorgesetzten sehr schnell Gebrauch gemacht wird. Drei Mann hatten sich einmal das Herz genommen, Herrn Stadtbaurath Blankenstein um Abhilfe zu bitten, ihn um Gehaltsberhöhung vierwöchentliche Kündigungsfrist und namentlich bessere Wohnungsverhältnisse anzusuchen — es ließe sich leichter so leicht, fast ohne Mehrkosten bewerkstelligen, wenn die Baubureau, die täglich oft nur einige Stunden benutzt werden, etwas kleiner und die Bauwächter-„Wohnungen“ etwas größer eingerichtet würden —, da kamen sie aber schon an, es wurde ihnen einfach bedeutet: „Wem es nicht paßt, der kann ja gehen, die Bauwächter bekommen noch viel zu viel.“ Und so ist es denn seit 20 Jahren geblieben, wie es war; alle Bauwächter seufzen und murren, ohne zu wagen, mit ihren Klagen sich an die Baudeputation zu wenden, weil sie aus Erfahrung wissen, daß sie dann ohne Gnade mit Weib und Kind aufs Pflaster fliegen. An die sozialdemokratischen Stadtverordneten appellieren sie und erwarten, daß diese dem Magistrat die so oft gerühmte Humanität der Berliner städtischen Verwaltung wieder mal an ihrem Beispiel illustriren.

„Die Noth in diesem Winter spottet jeder Beschreibung.“ Mit diesen Worten beginnt ein Aufruf des Vorstandes des Vereins zur Speisung armer Kinder und Nothleidender, welcher jetzt die Runde durch die Presse macht. Daß der Vorstand in zu düsteren Farben malen sollte, um die Mißstände der Gemüther der Besitzenden kräftiger zu treffen, ist doch um so weniger anzunehmen, als der Vorstand sich aus bekannten Namen der Berliner Gesellschaft zusammensetzt. Was er also schreibt, hat Anspruch darauf, für wahr gehalten zu werden. Hören wir also, wie es in Berlin aussieht:

Tausende von sonst fleißigen und arbeitsamen Familien sind brotlos und erliegen fast dem Hunger und der Kälte. Fälle von Selbstmord aus Verzweiflung sind bereits an der Tagesordnung.

Wir haben gehofft, wo wir irgend vermochten, haben durch Vertheilung von Speisemarten, von Lebens- und Stärkungsmitteln, wolleinen Decken und Strohsäcken, sowie Feuerung wenigstens der ärmsten Noth, soweit sie zu unserer Kenntniß gelangt, nach Kräften zu steuern gesucht. Nun aber sind unsere Mittel, die außerdem noch für mehrere andere Zwecke stark in Anspruch genommen werden — für die Vertheilung von Frühstücken an täglich 6—7000 Kinder in den städtischen Gemeindeschulen, von Mittagessen, Milch und Brot in 5 Volksgärten, von Mittagessen und Brot in der städtischen Blindenanstalt — nahezu völlig erschöpft. Die mühsam herbeigeschaffte Summe von 22000 M. ist schon in der ersten Hälfte des Winters verausgabt worden; für Feuerung ist nicht mehr, für alles Uebrige nur wenig verfügbar. Und die Hilfsmittel lassen doch nicht nach; ihre Zahl wächst vielmehr noch. Zu den vielen Hundert Bettelstücken, die bisher noch keine Verköstigung finden konnten, kommen Tag für Tag neue hinzu, wie auch die Bitten um weitere Bewilligung von Geldmitteln für die Vertheilung von Frühstücken in den städtischen Gemeindeschulen immer häufiger an uns gelangen. So bleibt uns denn, wenn wir unsere heftende Thätigkeit jetzt, mitten im kalten Winter, nicht plötzlich einstellen wollen, nichts anderes übrig, als uns bittend an alle diejenigen zu wenden, denen ihre pekuniäre Lage es gestattet, ein Scherlein für die Armut zu opfern.

Wie sich diese Schilderung zusammenreimt mit der magistratischen Versicherung, daß in Berlin „kein Nothstand“ existire, verstehen wir nicht, wir müssen es den Allerseeligen im Nothens Hause überlassen, uns dieses Räthsel zu lösen. Wir meinen, daß es für einen Nothstand genüge, wenn tausende von Familien brotlos sind und dem Hunger und der Kälte zu unterliegen drohen. Wenn nun gar Fälle von Selbstmord aus Verzweiflung „an der Tagesordnung“ sind, so meinen wir, daß ein behördliches Einwirken mehr denn nothwendig sei. Unsere städtischen Behörden können auch in diesem Falle aus den „Wenns“ und „Aber“ nicht heraus kommen, vorläufig ist ja schon genug geschehen, indem eine Kommission gewählt worden ist, welche die Sache recht gründlich untersuchen soll. Bis zum Beginne des Frühjahres wird dieselbe ihre Arbeiten wohl fertig gestellt haben! Oder vielleicht hilft der Oberbürgermeister von Charlottenburg aus?

Die grimmige Kälte der letzten Tage hat zahlreiche Opfer gefordert, namentlich ausschließlich unter den Proletariern. So wurde vor einem Hause in der Neuen Königstraße ein Schiffer mit erfrorenen Füßen aufgefunden, der zu Fuß aus Abendland angekommen war, um sich in Berlin Arbeit zu suchen. Von dem Marsche ermüdet, setzte sich Sch. auf die Treppe des Hauseinganges. Als er sich aber nach halbständiger Frist wieder erheben wollte, brach er kraftlos zusammen. Hausbewohner ließen den Unglücklichen nach der Sanitätswache in die Prenzlauerstraße schaffen, und hier wurde ärztlich konstatiert, daß die Beine des Sch. total erfroren waren. Im Krankenhause Friedrichshain, wohin der obdachlose Sch. geschafft wurde, mußte eine Amputation seiner beiden Füße vorgenommen werden.

Noch ein weiterer ähnlicher Fall ist zu berichten. Ein Schriftseherlehrling wurde mit erfrorenen Füßen in das Krankenhaus Noabit eingeliefert. Der Junge hatte in einem Neubau genächtigt und sich hier die Beine erfroren.

Den Zeitungen wird von der vorvergangenen Nacht, wo die Kälte bekanntlich bisher am bittersten war, folgendes gemeldet:

„Die grimmige Kälte der letzten Nacht hat unter den Obdachlosen Berlins zahlreiche Opfer gefordert. Es sind gestern Morgen nicht weniger als drei Personen erfroren aufgefunden worden; auf allen Sanitätswachen erschienen Leute mit erfrorenen Gliedmaßen. Auf der Sanitätswache in der Prenzlauerstraße waren es allein drei solcher Unglücklichen, die lebend baten, die Nacht dort verbringen zu dürfen, da die Wäpfe sämtlich überfüllt seien. Die Thatsache, daß fast jede Nacht derartige Wüthstiller auf den Sanitäts- und Polizeiwachen erschrienen, legt den Gedanken nahe, die Wärmehallen auch Nacht offen zu halten. Noth und Elend steigen von Tag zu Tag, zahlreiche Familien, deren Verfolger keine Arbeit haben, sind nicht in der Lage, sich Feuerung zu verschaffen und den Hunger zu stillen. Gilt's ihm dringend noth.“

Über immer noch wird der Nothstand nicht anerkannt — wir haben ja die Wärmehallen und den Oberbürgermeister von Charlottenburg. Daß der Zubrang zu den Wärmehallen während der scharfen Kälte ein ganz enormer gewesen ist, bedarf kaum der Erwähnung. Die Räume vermochten sehr oft die Zahl der vor Frost Zitternden nicht zu fassen. Wer im Stande war, sich noch eine Schüssel mit Erbsen anzuschaffen, wurde von den nicht so „Vermögenden“ arg beneidet, sehr viele sind hungrig gekommen und mußten noch hungrier wieder von ihnen gehen. Das städtische Obdach und die Wäpfe von Obdachlosen sind Nacht für Nacht bis auf den letzten Pfah gestüllt, es müssen abendlich Hunderte von Einlad Begehrenden wieder abgewiesen werden. Wo dieselben die Nacht zubringen, mögen die Götter wissen, — mehr als mit erfrorenen Füßen können sie ja am Ende nicht in das Krankenhaus eingeliefert werden. In den Pannern und billigen Herbergen ist alles gestopft voll, selbst die Stammgäste, die sonst mit allerhand Hochachtung aufgenommen wurden, können von Wäpfe sagen, wenn ihnen ihr „Bett“ reservirt bleibt. Die Preise haben in den Pannern eine Erhöhung nicht gefunden, dazu ist diese Art von Unternehmern denn doch zu aufständig. Immerhin aber ist es für sehr viele nicht leicht, sich die für die Nacht nötigen 20 oder 25 Pfennige Schlafgeld zu beschaffen. Wenn sich absolut kein Groschen hat verdienen lassen, bleibt als

letzte Rettung das Betteln. — im schlimmsten Falle droht das Abwaschen und das bedingt das Gefängnis. Aber ist's da nicht wenigstens warm und giebt's da nicht wenigstens zu essen?

Arbeiterfiskal. Am 9. Dezember v. J. verunglückte auf dem Bau des Privatunternehmens Pieper in der Zwillingstraße der Genosse Maurer Ernst Goriß. Derselbe wird namentlich den älteren Genossen aus dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein noch als treues Mitglied bekannt sein. Am Montag Abend um 10 1/2 Uhr ist er bei dem Unfall erlittenen inneren Verletzungen erlegen, im Alter von 58 Jahren. Die Beerdigung findet Freitag, Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Krankenhauses in Moabit (Wirkenstraße) nach dem Kirchhof der Georgen-Gemeinde in Weissensee statt.

Da scheint mal ein Beamter mit der „berühmten“ alt-preussischen Grobheit an den Unrichtigen gekommen zu sein. Der „Conf.“ berichtet darüber folgendes:

Beim Oberbürgermeister ließ sich vor kurzem ein Herr melden. Derselbe mußte warten, da Herr Zelle abwesend war. Der im Vorzimmer anwesende Beamte ließ ihn Platz nehmen. Der fremde Herr machte die Bemerkung, daß es im Zimmer sehr heiß wäre. Es wurde ihm geantwortet: „Wenn es Ihnen zu heiß ist, gehen Sie doch hinaus.“ Der Herr blieb; einige Minuten später trat der Oberbürgermeister ein und begrüßte in dem fremden Herrn den — Oberpräsidenten v. Althaus. Ob dieser dem Oberbürgermeister die kleine Geschichte mitgeteilt, hat man nicht in Erfahrung bringen können.

Dieser eine Beamte dürfte wohl für einige Zeit von der Sucht, das Publikum einfach „anzuschauen“, geheilt sein. Möchten sich seine Kollegen in allen Zweigen der Verwaltung daran ein Beispiel nehmen.

Eine Familientragödie hat sich vorgestern in dem nahe Blankenfelde bei Niederschönhausen abgespielt. Der frühere Schlichtermeister Barth hatte in Berlin sein Geschäft wegen finanzieller Verluste nicht halten können und auf dem Rieselgute Blankenfelde die Stellung eines Aufsehers übernommen. Seine Familie bestand aus der Ehefrau und einem dreijährigen Töchterchen; das eheliche Leben war dem Anschein nach glücklich. Vorgesetzten Morgen kam bis gegen 10 Uhr niemand zum Vorschein. Da auch kein Einlaß in die Wohnung zu erlangen war, wurde die Eingangstür gewaltsam geöffnet. Man fand das Kind in seinem Bette schlafend vor, die Frau lag todt auf dem Fußboden, der Mann, noch Lebenszeichen von sich gebend, auf dem Sopha. Aus den vorhandenen Resten einer Flüssigkeit konnte der Thatsache sofort dahin festgestellt werden, daß die Frau an Pestcholerastiftung gestorben war, und daß der Tod bereits vor längerer Zeit eingetreten sein mußte. Barth selbst hatte gleichfalls Leben genommen und wurde in demputlosen und losungslosen Zustande nach Berlin in die Charities übergeführt. Das Kind ist völlig unverletzt geblieben und anderweit untergebracht worden. Es ist noch nicht aufgeklärt, ob das Ehepaar gemeinsam in den Tod gegangen ist oder ob der Mann die Frau ohne deren Vorwissen vergiftet und dann selbst den tödtlichen Trunk genommen hat. Für die letztere Annahme spricht die Thatsache, daß die Ehefrau bereits längere Zeit vor Aufindung der Leiche gestorben ist, während Barth noch lebend angetroffen wurde. Weiter liegt die Wahrscheinlichkeit vor, daß die Mutter ihr Kind, an dem sie abdtiglich hing, mit in den Tod genommen haben würde, wenn sie mit dem Vater gemeinsam hätte sterben wollen.

Die Noth der Sänger in Wald und Feld ist in der kalten Winterzeit sehr groß, und ängstlich suchen sie nach einem Körnchen Futter. Die wiederholten Anregungen, Futterplätze für die hungernden Vögel zu errichten, haben in vielen Orten Beachtung gefunden. Vor allen Dingen ist darauf zu achten, daß für die erscheinenden Vogelarten auch das geeignete Futter ausgewählt wird. Hierzu diene die nachfolgende Zusammenstellung der Sektion für Thierschutz in Gera (Musk): Alledresser (Gelehtes Fleisch, wenn andere, namentlich Singvögel nicht Zutritt haben, auch Kartoffeln und Brot); Staar, Dohle, Rabenkrähe, Nebelkrähe, Saatkrähe, Eiser, Eichelhäher, Tannenhäher, Körnerfresser (weilige und dlige Sämereien gemischt); Heckenbraunelle, Haubenlerche, Feldlerche, Heibelere, Alpenlerche, Graumammer, Goldammer, Verchensporner, Schneeporner, Schneefink, Buchfink, Bergfink, Bergfinkling, Erlenzsänger, Heinst, Stieglitz, Hänfling, Stoppel, Ferkingsimpel, Rebhuhn, Insektens- und Körnerfresser (Weilige und dlige grobe Sämereien, Speck, gebacktes Fleisch); Großer, mittlerer, kleiner Wuntspitz, Spechtmeise, Sumpfspeise, Lammmeise, Haubenmeise, Rohmeise, Schwanzmeise, Blaumeise, Insektens- und Beerenfresser (Beriebene Möhre, gebacktes Fleisch, Apfel- und Zwetschenstückchen); Seidenschwanz, Schwarzjanzel, Singamsel, Piemer, Schnurrössel, Zupdroffel, Weindroffel, Feldlerche, Heibelere, Insektensfresser (Weilwurm, Ameisenpuppen, Fleisch); Eißvogel, Grünspatz, Schwarzjanzel, Baumläufer, Heckenbraunelle, Zaunlöw, Bachamsel, Wintergoldhähnchen, Bergfink, Bachfink.

Marktpreise in Berlin am 17. Januar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 16,80—17,70 M., mittlerer von 15,60—16,10 M., geringer von 15,00—14,50 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,90—13,80 M., mittlerer von 13,50—13,20 M., geringerer von 13,10—12,80 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,20—16,10 M., mittlere von 16,00—15,00 M., geringe von 14,30—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,00—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,40 M., geringer von 14,30—13,80 M. Stroh, Rüb- per 100 Kg. von 4,70—4,30 M. Heu per 100 Kilog. von 7—5,40 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 50,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,10 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,50 bis 1,50 M. Eier per 60 Stück von 7,00—5,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,00 M. Kase von 2,80—1,20 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hecht von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,90 M. Krebs per 80 Stück von 2,00—2,00 M.

Vollzeibericht. Am 17. d. M. Vormittags fand in dem Hause Kaiserstr. 1 ein Zusammenstoß zwischen einem dort haltenden Wägelwagen und einem infolge der Glätte stark schleudern den Wagen der Feuerwehr statt, wobei der Spritzenmann Otto eine so bedeutende Quetschung der Brust erlitt, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Nachmittags wurde ein Umfosenplänger in seiner Wohnung, Genthnerstr. 6, erhängt vorgefunden. — Auf der Schloßbrücke wurde der 68 jährige Privatier Julius Heilbronn durch einen Schlitten überfahren und am Kopf so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charities erforderlich wurde. — Im Laufe des Tages und in der darauf folgenden Nacht sanden acht Verände statt.

Gerichts-Beitung.

Ein Streit mit einem Briefträger führte gestern die Schlichtermeister Pötschke'schen Eheleute unter der Anführung der Beamtenscheidung vor die 126. Abtheilung des Schöffengerichts. Frau Pötschke hatte früher schon einmal einen kleinen Streit mit dem Briefträger Jotisch gehabt. Seit dieser Zeit betrat der Beamte den Boden ohne zu grüßen, kaum legte er den

zu bestellenden Brief auf den Sackentisch und ohne Gruß entfernte er sich auch wieder. Eines Tages ließ Frau Pötsche sich zu der Neuerung hinreißen: „Können Sie nicht „guten Tag“ sagen, Sie Gek!?“ Der Briefträger wandte sich, um die Frau wegen der beleidigenden Neuerung zur Rede zu stellen. Frau Pötsche rief ihrem in der Redensart befindlichen Ehemann zu: „Jugo, komm mal vor und schmeiße den Kerl hinaus!“ Der Berufene erschien im nächsten Augenblick auf der Bildfläche, stellte sich in drohender Haltung vor den Beamten hin und forderte ihn auf, den Sack sofort zu verlassen. Der Beamte wandte sich auch zum Gehen, als er die offenstehende Tür erreicht hatte, versetzte der Angeklagte ihm einen so wichtigen Stoß in den Rücken, daß er bis zum Straßbaum taumelte und fast zu Falle gekommen wäre. Im Termin entschuldigten sich die Angeklagten damit, daß sie durch das unhöfliche Verhalten des Beamten gereizt worden seien. Der Staatsanwalt führte aus, daß der Briefträger, wenn er in dienstlicher Eigenschaft komme, garnicht verpflichtet sei, zu grüßen. Es genüge, wenn er den Brief abgibt, ohne ein Wort dabei zu sagen. Der Dienst der Postbeamten sei schwer genug, und dürfe durch das Publikum nicht noch erschwert werden. Die in Rede stehenden Beleidigungen seien sehr schwerer Natur, er beantrage deshalb in erster Linie eine Gefängnisstrafe von je 3 Wochen, abernächst aber eine Geldstrafe von 200 M. Der Gerichtshof faßte die Sache milder auf und verurteilte den angeklagten Ehemann zu fünfzig und die Ehefrau zu vierzig Mark.

Ein nobler Wirth. In ungemöhnlicher Weise ist der in der Schwedterstraße wohnhafte Bädermeister und Hausbesitzer Herr Schulz zu einer Anklage wegen versuchten Betruges gekommen, welche gestern vor der III. Strafkammer dieses Landgerichts I verhandelt wurde. In dem Hause des Angeklagten wohnte ein Buchbinder Rogg, welcher die Wohnungsmiete nicht zu erschwingen vermochte und deshalb vom Angeklagten die Erlaubnis erhielt auszugehen, wenn er einen anderen Miether für die Wohnung stellen würde. Er bot denn auch in einem Inserat seine Wohnung zur Vermietung aus und es meldete sich ein Köpfer Rod, welcher jedoch von dem Angeklagten auf Nachfrage den Bescheid erhielt, daß die qualifizierte Wohnung bereits vermietet sei, dagegen noch sonst Wohnungen im Hause leer ständen, die dem Reflektanten vielleicht paßrecht sein würden. Diese Auskunft war falsch, denn die Wohnung war keineswegs bereits vermietet. Der Staatsanwalt erblickte in diesem Vorgehen die Merkmale des versuchten Betruges und beantragte eine Geldstrafe in Höhe von 30 M. event. 30 Tage Gefängnis. Der Staatsanwalt hielt Vermögensbeschädigung des Rogg für vorliegend, da derselbe durch die falsche Vorpiegelung außer Stand gesetzt wurde, sich seinen Wünschen entsprechend eine billigere Wohnung zu mieten und mindestens um die Differenz geschädigt sei. Auch das Tatbestandsmerkmal des rechtswidrigen Vermögensvorteils sei vorhanden. In sich sei es gewiß das gute Recht des Angeklagten, die in seinem Hause leer stehenden Wohnungen zu vermieten, durch das angewandte Mittel der Täuschung werde der erstirbte Vermögensvorteil aber ein rechtswidriger. — Der Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung an und verurteilte den Angeklagten wegen versuchten Betruges zu 100 M. Geldbuße event. 10 Tagen Gefängnis, wobei er erwoh, daß die Handlungsweise eines wohlhabenden Hausbesitzers einem armen Miether gegenüber nicht nobel zu nennen sei.

Bezüglich des Rechts alimentationspflichtiger Verwandter, an Stelle der Selbstunterstützung an verarmte Verwandte Naturalverpflegung zu wählen, hat der dritte Zivilsenat des Kammergerichts neuerdings folgendes ausgesprochen: Ein seit zwei Jahren wegen der Unterhaltspflicht an einen Verwandten, welchem Verarmung infolge überlichen Lebenswandels vorgeworfen wurde, prozessirter Beklagter hatte die Einside erhoben, daß er sich wiederholt zur Natural-Alimentation erboten und dem Kläger ein Unterkommen bei einer Wittve auf dem Lande verschafft, der Kläger dieses Angebot aber abgelehnt habe. Dieser Einwand ist zurückgewiesen worden. Aus der Bestimmung des § 15 Z. 2 Tit. 2 des Allgemeinen Landrechts ergebe, wie das Kammergericht sagt, zwar hervor, daß die Geschwister an erster Stelle nur verpflichtet sind, den Hilfsbedürftigen in natura zu versorgen und nur erst, wenn dieselben aus dem einen oder dem anderen Grunde nicht angängig ist, zur Zahlung baarer Alimentengelder anzuhalten sind. Indessen sei dieses Wahlrecht der verpflichteten Geschwister kein unbedingtes, sie seien nicht berechtigt, jede andere Art der Alimentationsförderung abzuwehren, wenn sie sich bereit erklären, Alimante in natura zu gewähren. Es sei vielmehr das richterliche Ermessen entscheidend, ob der zu Versorgende sofort Zahlung einer Geldsumme im Wege einer Klage zu fordern berechtigt sei. — Die Praxis des für Alimentationsfachen zuständigen Senats war, wie die „M. f. Rechtspr.“ bemerkt, bisher selbst für Berliner Verhältnisse und trotz des Bedenkens, daß die Naturalverpflegung für die während des Prozesses verstrichene Zeit doch nicht nachgeholt werden könne, von dem entgegengesetzten Prinzip beherrsch.

Verfassungen.

Die gestrigen Arbeitslosen-Versammlungen. Würde es noch einer Illustration der Böttcher'schen Worte bedürft haben: Es gibt keinen außerordentlichen Nothstand, so hätten die vielen tausende Arbeitslosen, die gestern Morgen die vier größten Versammlungsorte Berlins anfüllten, treffend beweisen können, wie schlecht der Herr Staatssekretär die gegenwärtigen Zustände kennt, über welche er sich vor wenigen Tagen im Reichstag mit so suffizanter Leichtgläubigkeit hinwegzusetzen wußte. Vielleicht, daß Herr von Böttcher etwas bedächtiger an die Nothstands-Interpellation herangetreten wäre, wenn er Kenntnis von der Lenkungsweise gehabt hätte, die gestern unter den versammelten Tausenden zum Ausdruck kam, nachdem unsere Abgeordneten ihnen ein Bild von der Behandlung gegeben hatten, welche der Nothstandsfrage vom Bundesratssitz herab zu Theil geworden ist.

Ueber die Versammlungen liegen uns folgende Berichte vor:

Die Arbeitslosen-Versammlung in den Konfordinalen war von etwa 4000 Personen besucht, jedoch jeder Winkel des großen Saales und der Galerien angefüllt war. Reichstags-Abgeordneter Singer referirte. Der Referent führte aus, indem er Bezug nahm auf die Nothstands-Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage und auf die Debatte über dieselbe, daß den Deputirten und Angehörigen eines außerordentlichen Nothstandes durch die zu gleicher Zeit tagenden vier Versammlungen der Arbeitslosen Berlins ein lebendiges Bild von den wirklichen Verhältnissen gegeben werde. Als er (Referent) den Saal betreten habe, sei er an des Dichters Wort erinnert worden: „Der Menschheit ganzer Jammer packt mich an.“ Sei es nicht Jammervoll, daß Tausende und Abertausende fleißiger Männer zur Erwerbslosigkeit, zum Elend gezwungen seien? Wenn der Staatssekretär von Böttcher diese sozialen Versammlungen Arbeitsloser sehen würde, würde er wahrscheinlich von seiner im Reichstag vertretenen Meinung abkommen. Der Nothstand, welcher sich in einer übergroßen Arbeitslosigkeit darstelle, sei selbstverständlich nicht von heute auf morgen zu befeitigen. Er sei eine Folge des ganzen modernen Wirtschaftssystems und ganz überhaupt nur mit diesem aus der Welt zu schaffen. Die Noth unter den Armen der Gesellschaft sei aber in diesem Jahre größer noch als im letztverflohenen und in den

vorangegangenen Jahren. Noch mehr wie in den letzten Jahren der absteigenden Konjunktur lägen Industrie und Handel darnieder. Die Arbeiter, welche im vorigen Jahre während ihrer Beschäftigungslosigkeit das verbrauchten, was bessere Zeiten ihnen zumommen ließen, händen jetzt hilflos der Noth gegenüber. Diejenigen trieben eine Vogel-Stramp-Politik, welche nur die gewöhnlich im Winter hereinbrechende Arbeitslosigkeit vor sich sähen. Sie wollten nicht sehen, wie die Verhältnisse sind. (Beibaste Zustimmung.) Sei die Statistik, die Arbeiterlage betreffend, eine sehr mangelhafte, so fehle vor allem eine gut durchgeführte Arbeitslosenstatistik. Wären die von den Sozialdemokraten befragten Arbeitsämter eingeführt worden, dann hätte man eine solche Statistik. So müsse man versuchen, auf andere Weise den öffentlichen Gewalten die herrschenden Zustände zu enthüllen. Früher hielt man uns entgegen, die Arbeiter müßten doch noch sparen können, denn die Einlagen der Sparkassen wüchsen immer mehr an. (Rachen.) Daß die Arbeiter nicht sparen können, sei denen klar, welche das nationalökonomische Gesetz kennen, nach dem in der bürgerlichen Gesellschaft der Arbeiter nie mehr verdiene, als nötig ist, um ihn am Leben zu erhalten und in Stand zu setzen, seine Nachkommenschaft so zu ernähren und zu erziehen, wie sie die bürgerliche Gesellschaft brauche. Daß jetzt die Zahl der Sparkasseneinlagen zurückgingen, bewiese weit mehr als den Nothstand in der Arbeiterklasse; es beweise, daß schon in den Mittel- und Kleinbürgerstand der Nothstand hinübergreife. Ein Zeichen für ein allgemeines Schlechterwerden der Lebensbedingungen in der Arbeiterklasse wäre die amtlich festgestellte Abnahme des Fleischkonsums in Berlin und ferner der Umstand, daß in dem städtischen Asyl in der Friedelsstraße, wo nur 1400 Personen untergebracht werden sollen, Tag für Tag 2000 und mehr beherbergt würden. Die Wärmehallen würden jetzt so überlaufen, daß dort die Einrichtung getroffen werden müßte, daß Leute nach einständigen Aufwärmern veranlaßt wurden, anderen draußen Harrenden Platz zu machen. Es sei eben der Zeitpunkt gekommen, wo der Einzelne sich nicht mehr allein helfen könne und Staat und Stadt hilfreich eingreifen hätten. Redner spricht seine Verwunderung darüber aus, daß trotz der vielen schon stattgefundenen Arbeitslosen-Versammlungen und trotzdem anderer Material, so die Fabrikinspektions-Berichte, den Vertretern der Nothlage zur Verfügung stände, diese eine weitgehende Anerkennung der Sachlage im Reichstag zeigten und kommt hierbei auch auf den Vorwurf des Vagabundenthums zu sprechen, den vornehmlich die Junker oft den fleißigen Arbeitern entgegensetzten. Dann erörtert Redner das Wesen und die Ursachen der industriellen Reserve-Armees. Derselbe müsse aufgelöst werden. Diese Auflösung könne nur erfolgen, wenn der Widerstand der herrschenden Klassen geschwunden, unter Bedingungen und Verhältnissen, bei denen von einem solchen Widerstande nicht mehr die Rede sein könne. Vorher sei eine wesentliche Aufbesserung der Verhältnisse der Arbeiterklasse nicht zu erreichen. Die Arbeiterklasse verlange, daß die Maschine, die wesentliche Ursacherin der Reserve-Armees mit ihrer niedrigen Konkurrenz gegenüber den arbeitenden Arbeitern, aus einem Ausbeutungsmittel zu einem Mittel gemacht werde, welches die Menschen entlaste. Die Forderungen der Gleichheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit würden nur in der neuen, der sozialistischen Gesellschaft voll und ganz erfüllt werden. Mittlerweile trete die Sozialdemokratie, die Partei der Arbeiter, für eine organische Bessergestaltung der Verhältnisse ein, soweit sie in der heutigen Gesellschaft möglich sei. Vor allem müsse die gesetzliche Festlegung eines Normalarbeitstages erfolgen, sowie das völlige Verbot der Sonntagsarbeit. Dazu müsse sich die Abschaffung der unwürdigen Konkurrenz der Kinderarbeit stellen. Dann verlange man, daß mit dem unseligen Schutzollsystem und dem Militarismus gebrochen werde, der dem Volke das Brot aus den Knochen sauge. Diesen organisch durchzuführenden Forderungen gegenüber sei zu verlangen, daß Mittel und Wege eingeschlagen werden, die im Lande sind, der augenblicklichen Noth zu steuern. Das Reich müsse vorangehen in diesem Bestreben und in den Reichsbetrieben eine Arbeitszeit-Verlängerung durchzuführen, um Unterkunft zu schaffen für die, welche keine haben. Hallen gelassen werden müsse der Standpunkt, den kein Privatunternehmer brutaler vertreten kann, nämlich daß Arbeiter über 40 Jahre in Staatsbetrieben nicht eingestellt werden. Sonderbar sei dieser Standpunkt in Staatsbetrieben um deswillen, als ja die „Kronung der sozialen Erregung“ des Alters- und Invaliditätsgesetz vorzuziehen, daß ein Altersrentner 70 Jahre alt sein müsse. Außerdem verpflichte der Staat den Mann bis zum 45. Jahre dem Vaterlande zu dienen. (Stürmischer Beifall.) Im Gegensatz zu solchen Widersinnigkeiten sei es Pflicht der Regierung, mit gutem Beispiel voranzugehen. Er, Redner, mache den Vorschlag, dem Handelsminister zu der von Herrn v. Böttcher so gewünshten Deputation zu verheßen. Nachdem der Referent noch die Stellungnahme der Stadtverordneten-Versammlung und des Ausschusses derselben zu den Anträgen der sozialdemokratischen Stadtverordneten, welche den Nothstand betreffen, beleuchtet, und nachdem er ferner gezeigt hatte, in welcher sich selbst zersiehenden Weise der Kapitalismus wirtschaftet, schlug er die generale, sowie die unten abgedruckte Resolution zur Annahme vor. Singer verwies dabei darauf, daß mit der Annahme dieser Resolutionen nicht alles gethan sei. In jeder Beziehung müsse energisch weiter gearbeitet werden; jeder müsse nach bestem Wissen und bester Kraft dafür eintreten, daß menschenwürdige Zustände, wie sie die Sozialdemokratie wolle, bald heranzubringen. Redner schließt damit, daß er es als den Zweck der vorgeschlagenen Resolution bezeichne, den herrschenden Klassen ein Vernt, ihr seid gemahnt! zu sein. (Brausender, nicht endenwollender Beifall.) Dem zweistündigen Vortrage folgte eine fast dreistündige Debatte. Zunächst tabellierte Frau v. Zochmann, daß nicht mehr Frauen auswesend seien. Die Genossen hätten die ihrigen mitbringen sollen. Am meisten leide die Frau unter dem Nothstande. Dieser wäre überhaupt permanent; die Männer verdienten so wenig, daß das Kostgeld nicht ausreiche. Mit einem halben Pfunde Fleisch müsse eine ganze Familie sich zurecht behelfen. Die Frauen verzichteten schließlich noch auf ihren Theil und beugten sich mit den Kindern mit einer Lasse Fichorienbrühe. Sie möchte Herrn v. Böttcher einmal auf 14 Tage zu solch einer Arbeiterfamilie in Kost geben. Und da arbeite noch der Mann. Ganz anders wäre es noch da, wo nichts verdient würde. Die Männer müßten die Frauen aufklären und zu allem heranziehen. (Großer Beifall.) Frau G. Weimann meinte, daß die Arbeiterinnen dem indirekten Hungertode in die Arme getrieben würden. Redner wendet sich gegen die Gefängnisarbeit, welche dem freien Arbeiter noch das Bischen Brot nehme. Bettelstappen wolle man nicht, nur Arbeit. (Beibaste Beifall.) Nachdem Diemer eine Menge Beispiele für die unter den Arbeitern herrschende Noth angeführt, sprach W u h r (Unabhängiger). Er nehme einen anderen Standpunkt ein wie der Referent, und sehe den Weg der Nothilfe in der Demonstration und dem wirtschaftlichen Kampfe. Er wendet sich gegen die vorgeschlagene Deputation und gegen die Resolution, weil beide keinen Zweck hätten. Seiner Meinung nach stehe man, wenn die Vorschläge angenommen würden, dem Staate, dem Mächtigen, zu, welche schwach, statt dem Schwachen, dem Proletariat, zuzurufen, werde stark. (Verzögerter Beifall und Anrufe.) Genosse F r i e h u b e l i wendet sich scharf gegen W u h r und warnt davor, solche Wege zu gehen wie im vorigen Februar. Damit würde man den herrschenden Klassen nur einen Besallen thun. Die Genossen Adler, John, Köhnisch, K. Kräger und K. Friedrich sprachen im Sinne des Referats. J. Diemer erklärte, zu den Leuten zu gehören, die der „Vorwärts“ Lumpenproletariat genannt habe. Er sehe den einzigen Zweck der Arbeitslosen-Versammlungen im Revolutionären der Köpfe. Betreffs der Resolutionen und der Deputation sprach sich Redner ähnlich wie W u h r aus. P. L i t t i n (unabhängig) vertritt wesentlich W u h r's Standpunkt, verbreitet sich aber meistens darüber, daß trotz der bestehenden

Wagnerschaft ein ruhiges Aussprechen möglich sein müsse. Er protestirt dagegen, daß man die Leute für die Februarrevolte verantwortlich mache, welche nicht mehr den Standpunkt der Sozialdemokratie vertreten. Weiter spricht er gegen die Deputation, indem er die Zusammenkunft der Arbeitslosen als einen Protest erklärt. Genosse Singer wies im Schlußwort treffend die von den Unabhängigen sophistisch empfohlene „nur gewerkschaftliche Arbeiterbewegung“ als unzulängliches Mittel, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, zurück und widerlegte gleichfalls die Ausführungen und Behauptungen W u h r's, B i e m e r's und L i t t i n's unter sehr großem Beifall. Eine Resolution eines Herrn Hiller, welche neben anderen Demonstrationen die Niederlegung ihrer Mandate von den sozialdemokratischen Abgeordneten forderte, gelangte auf taufendstimmiges Verlangen garnicht erst zur Abstimmung. Angenommen wurden gegen eine Stimme die an anderer Stelle abgedruckte, sowie die folgende Resolution:

Die Versammlung der Arbeitslosen ist mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, und fordert von dem Staat gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und Beschränkung derselben auf acht Stunden, um den hunderttausenden von Arbeitslosen, welche durch die übermäßige, meist unmenschliche Ausbeutung der Arbeitskraft seitens der heutigen Gesellschaft auf die Straße geworfen sind, Beschäftigung und Verdienst zu schaffen.

Wir betrachten es als unser unumstößliches Recht, auf der Straße, in dem Lande, wo wir geboren sind, auch von Nahrungsmitteln frei leben und uns menschenwürdig nähren zu können, gleich den oberen Zehntausend.

Wir betrachten es ferner als unsere erste Pflicht, der sozialdemokratischen Partei anzugehören, als der einzigen Partei, welche unser Elend zu beseitigen gewillt und im Stande ist.

Die Regierung hat wiederholt, so auch jüngst im Reichstag, einen Nothstand gelengnet; die beste Antwort, die wir auf diese Art der Fürsorge geben können und die einzig und allein uns zum Ziele zu führen vermag, ist die, daß wir in hellen Haufen uns um das Banner der Sozialdemokratie schaaren.

Zu Deputirten an den Handelsminister und den Berliner Magistrat wählte die Versammlung die Genossen Maurer P e t r i a, Schneider T i m m, J o r n e r S t o b s a c k und Maurer K ö r s t e n. Mit einem dreimaligen begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie ging die Versammlung auseinander.

Die auf der Volkbränerlei abgehaltene Versammlung nahm gleichfalls einen imposanten Verlauf. Der vom Genossen Bebel gehaltenen zündenden Rede, welche scharf das Verhalten der herrschenden Klassen geißelte, folgte eine kurze Diskussion, welche grelle Schlaglichter auf das entsetzliche Elend warf, unter welchem die vielen Tausende der Berliner Arbeitslosen seufzen. Auch diese Versammlung nahm einstimmig die Resolution an, welche wir in dem Bericht über die in Brauerlei Friedrichsberg abgehaltene Versammlung zum Abdruck gebracht haben. (Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Der sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Wahlkreis hatte am Montag eine Versammlung, in welcher Genosse Vogtherr einen „Das deutsche Panama“ benannten Vortrag hielt, welcher vor allem die durch das „Nismard'sche Regiment“ entstandene Korruption aufs schärfste geißelte. Nach Schluß der beißig ausgesprochenen Ausführungen erstattete Genosse M. S c h u l z den Kasfenbericht für das letzte Vierteljahr 1892. Inklusiv eines Bestandes betragen die Einnahmen 553,90 M., die Ausgaben 251,88 M. Es verbleibt somit ein Bestand von 196,44 M. Dem Genossen Schulz wurde Becharge erteilt. Als Neuwahlere wählte man darauf die Genossen G u m p e l, S c h n e i d e r und N i c h t e r. Den streikenden Bergleuten bewilligte die Versammlung 50 M. Nachdem noch die Genossen R i e d e r a u e r und S c h n e i d e r zu Bezirks-Vertrauensleuten gewählt waren, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Meiererversammlung vom 19. Januar verlagte den 1. Punkt ihrer Tagesordnung: „Das Vorgehen der Jantung betreffend den Gefellen-Ausschuß“ bis zur nächsten öffentlichen Versammlung. Zu derselben sollen die Jantungsmeister eingeladen werden. Die Versammlung bestimmte darauf die Herren F l e i s c h e r und S c h l a g dazu, sich als Ersatzkandidaten bei den Gemeindegewahl-Wahlen zur Verfügung zu stellen. Dann berichtete die Herren F l e i s c h e r und H o d l w e g l e r über das Ergebnis ihrer Nachforschungen auf den Bauten betrefsend der brennenden Koalsförde. Trotz des Verbots, welches im vorigen Jahre der Polizeipräsident erlassen ließ, seien viele Bauarbeiter in der Nähe der gesundheitschädlichen Koalsfenerie beschäftigt. Oft würden sogar die Koalsförde auf den Rüstungen und in einer Weise angebracht, die zur Gefahr für die Gesundheit noch die Feuergefahr bringe. Man habe die Unternehmer und Meister dem Polizeipräsidenten angezeigt, welche gegen das Verbot, auf ihren Bauten in der Nähe von Koalsföorden arbeiten lassen, dem Anschein nach jedoch ohne Nutzen, denn die demnächstigen Bauten hätten zum großen Theil bei der zweiten Kontrolle, welche 8—14 Tage nach der ersten stattfand, noch dieselben gerügten Mängel aufzuweisen gehabt. Vielleicht mangelte es an Schutkleuten. Doch das sei nicht anzunehmen, wenn man bedenke, wie viele derselben neulich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nach Schönberg kamen, bloß weil ein paar friedliche Arbeitslose sich versammeln wollten. Fühle das Polizeipräsident sich nicht befähigt, sein dem Ausschuss der Bauarbeiter-Komitee gegebenes Versprechen bezüglich der strengen Durchführung des Koalsfördeverbots, soweit diese Art Feuerung bei der Arbeit Anwendung finde, zu halten, dann werde Beschwerde beim Ober-Präsidenten erhoben werden. Scharf verurtheilte man auch das Verhalten vieler Arbeiter, die, wie beobachtet wurde, sehr lebhaft für die Hintergehung der vielgenannten Polizeiverordnung eintraten. Trete man diesen Arbeitern entgegen und mache ihnen Vorstellungen über die Schädigung ihrer Gesundheit durch die giftathmenden offenen Koalsfener, dann laufe man noch Gefahr, mit ihnen sehr nahe persönliche Bekanntschaft zu machen. Es sei eine Schande, daß so etwas vorkomme. Die Kontrolle der Bauten werde fortgesetzt und dann ein genauer Bericht davon in mehreren Arbeiterblättern gegeben werden. B o n e r t theilte mit, daß er auf Veranlassung eines Antragers vom Meister Stöcker entlassen worden sei, weil er den Kollegen, die bei Erscheinen der Polizei auf dem Bau sich schnell aus der Nähe der Koalsföorde flüchten wollten, Verhaltungen über das Falsche ihres Thuns gemacht. Von Herrn B e n t k e r und anderen wurden noch eine ganze Reihe von Polizeimisdriegen bezüglich der Koalsfenerie vorgebracht und energisches Einschreiten der Polizei-Organen verlangt. Dann unterwarf verschiedene Redner die Unternehmer und Meister einer scharfen Kritik, welche halb oder ganz bankrott, den Arbeitern ihren schwer verdienten Lebensunterhalt vorenthielten. Von diesen Lohnprellern könne nicht einmal der rückständige Lohn eingelagt werden, denn sie hätten meistens nichts oder geben dies wenigstens vor. Sehr oft sei ihre Wohnung gar nicht ausfindig zu machen. Herr R i e s o f machte den Vorschlag, daß sich die Lohnkommission doch mal mit der Frage beschäftigen möge, ob nicht eine Liste solcher Bankrotteure und gewerksmäßigen Lohnhinterzieher zum Frühjahr anzufragen und den Kollegen zur Kenntnis zu bringen sei. Natürlich müsse alles dabei vermieden werden, was den Staatsanwalt zum Einschreiten veranlassen könnte. Zum Schluß wurde noch die Nothstandsdebatte im Reichstag lebhaft erörtert.

Die öffentliche Versammlung der Treuhänder, welche am Sonntag tagte, stellte zunächst den Genossen D o s t als Ersatzkandidaten zum Gewerbegericht auf. Dierauf erstattete der Delegirte zur Streik-Kontrollkommission Bericht über die Thätigkeit dieser Kommission und forderte die Kollegen auf, Lokalitäten zu meiden, in denen Ewobabier verhängt wird. Der Delegirte legte

